

Regionaler Newsletter 02-2008 vom 17. Januar bis 15. Februar 2008

17.01.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1273059

Kundgebung von "Republikaner" und NDP - Polizei rechnet mit Gewalt

Die Frankfurter Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz vor: Mit einem massiven Aufgebot will sie bei den Veranstaltungen von NPD und rechtsextremen Republikanern am kommenden Wochenende für Sicherheit sorgen. Rund um den Römerberg, auf dem die Rechtsextremen ihre Kundgebungen abhalten wollen, soll es Kontrollen geben.

Die NPD hat für Samstag, 13 Uhr, eine Wahlkampfveranstaltung angekündigt, die Republikaner folgen am Sonntag, von 15 Uhr an. Mehrere Gruppen mobilisieren zum Protest. So lädt das Römerbergbündnis für beide Tage jeweils von 14 Uhr an zu Gottesdiensten in die Nikolaikirche auf dem Römerberg ein. Die Anti-Nazi-Koordination will den Platz schon jeweils zwei Stunden vor der Ankunft der Rechten besetzen. "Nach unseren Erkenntnissen ist auch mit gewalttätigen Aktionen zu rechnen", sagte Polizeisprecher Jürgen Linker.

Oberstes Ziel werde es sein, "Gewalt erst gar nicht entstehen zu lassen", sagte Polizeipräsident Achim Thiel. Rechte und linke Demonstranten müssten möglicherweise voneinander getrennt werden. Die Polizei bekommt am Wochenende Unterstützung aus anderen Bundesländern.

Autofahrer müssen am Samstag und am Sonntag mit erheblichen Verkehrsbehinderungen rechnen. So will die Polizei etwa den Mainkai und die Braubachstraße sperren. geo

19.01.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/bad_homburg/?em_cnt=1274486

Rechte sind sauer auf CDU

Bad Homburg Republikaner-Chef sieht Themen-Klau / NPD auf Tour VON KLAUS NISSEN

Die hessische CDU ist die Partei des organisierten Wählerbetruges" schimpfte Haymo Hoch. Die Union habe sich den Republikanern so angenähert, dass man keinen Unterschied erkennen könne, klagte der REP-Landesvorsitzende am Donnerstagabend im Kirdorfer Bürgerhaus. Hessen habe nicht den härtesten Strafvollzug Deutschlands eingeführt, wie es Koch 2003 noch forderte. Auch die Bestrafung krimineller Kinder und die Straflager in Sibirien für junge Schläger werde Koch nicht durchsetzen, prophezeite der REP-Landeschef: "Jetzt wird noch getönt. Aber drei Wochen nach der Wahl wird man nichts mehr davon hören!" Zustimmendes Gemurmel füllte den eichengetäfelten Saal.

Rund 30 Menschen hörten sich am Donnerstag in Kirdorf ausländergefeindliche Sprüche an. Der "Republikaner"-Kreisverband Hochtaunus hatte gerufen. Auch Gegner kamen: Draußen auf dem einsamen Bürgersteig hielten acht junge Männer die Transparente der Jungen Union, der Jusos, der Jungen Liberalen und der Grünen Jugend hoch.

Man wolle Flagge zeigen, so einer der jungen Leute. Am vorigen Samstag verfolgten sie bereits die NPD-Truppe des Hoch-Weiseler Landesvorsitzenden Marcel Wöll. Letztere war auf Agitationstour im Hochtaunus unterwegs. In Usingen, Wehrheim, Neu-Anspach, auf dem Feldberg, in Oberursel und auf der Bad Homburger Louisenstraße traten Wöll und Co mit Megafon und Fahnenträgern auf. Ihre Gegner stellten braune Mülltonnen an den Rand der Szenerie und forderten Passanten auf, die NPD-Wahlwerbung dort hinein zu entsorgen - was etliche wohl auch taten. Die NPD filmte den Hochtaunus-Ausflug und stellte ihn ins Internetportal "Youtube" (Stichwort: NPD-Tagebuch 2).

Zurück in den Versammlungssaal der Republikaner: Da wurde am Donnerstag Deutschlands Untergang beschworen. In Friedrichsdorf bekämen schon 13-jährige türkische Mädchen Kinder, warnte der 75-jährige Kreisvorsitzende Walter Armann. "Damit wollen die den deutschen Staat kaputt machen!" Man müsse mehr Ausländer abschieben.

Eine Frau meldete sich: "Ich kann nicht begreifen, warum sich die rechtsorientierten Gruppen nicht endlich einmal zusammenfinden!" Beifall kam auf. Das gehe nicht, widersprach der Landesvorsitzende. Die Republikaner seien für den demokratischen Rechtsstaat und das Grundgesetz. Die NPD hingegen wolle eine Volksgemeinschaft.

An der Basis regte sich Widerstand: "Das Grundgesetz ist uns von den Alliierten aufoktroziert worden", meinte Walter Armann. Es sei keine Verfassung und somit änderbar, ergänzte Jochen Klings aus Bad Homburg. Ein anderer: Die Nicht-Deutschen könnten sich nicht auf den Grundgesetz-Artikel der unantastbaren Menschenwürde berufen.

Da platzte Haymo Hoch der Krage: "Mit Neonazis gehe ich keine Kompromisse ein!" Vier kräftige junge Männer standen nun auf und gingen hinaus. Bedauernd sah mancher sie ziehen. Es handele sich um NPD-Sympathisanten aus Köppern, so Walter Armann. Einer zeigte mächtige Arme mit Runen-Tattoos. Er trug ein schwarzes T-Shirt mit dem Logo "No one likes us - we don't care".

20.01.2008 www.tagesschau.de

* [Rote Karte gegen Rechts](#)

Erst die NPD, nun die Republikaner - auch am Sonntag soll es vor dem Römer eine rechtsextreme Kundgebung geben. Gegen den NPD-Aufmarsch am Tag zuvor protestierten rund 1.000 Menschen. [\[hr\]](#)

21.01.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/frankfurt/?em_cnt=1274928

Kein Platz für Rechte - Gegen den braunen Mob
VON FELIX HELBIG UND GEORG LEPPERT



[Unter Beobachtung \(FR\)](#)

Es ist nur eine Pause, sie beginnt um 16.24 Uhr an diesem Samstagnachmittag an Gleis 22 im Hauptbahnhof. Eine S-Bahn der Linie S7 steht dort, in Richtung Riedstadt-Goddelau wird sie fahren mit 90 Passagieren in den Abteilen, die in Frankfurt niemand haben will. Die Rufe jener, die das auch artikulieren, schallen in den Wölbungen der Bahnhofshalle. Etwa 100 Menschen sind den NPD-Anhängern vom Römerberg gefolgt, sie brüllen "Haut ab, Haut ab!", einige haben

sich Halstücher über die Nasen gezogen und skandieren nun immer wieder diesen einen Satz, er heißt: "Wir kriegen euch alle!"

Eine Polizeikette trennt Gleis 22 vom benachbarten Bahnsteig, ein Einsatzkommando drängt die Antifaschisten wenig zimperlich zurück. Es wird geschubst und gepöbelt - auf beiden Seiten. Ein Jugendlicher fotografiert mit seinem Handy die Polizeikette, einer der Beamten nimmt ihm das Gerät ab, brüllt aufgeregt herum, er habe ein "Recht am eigenen Bild". Sein Kollege schnauzt derweil einen Mann an: "Nimm die Sonnenbrille ab, sonst setzt es was." Dann fährt die S7 ab, alle entspannen sich wieder, die neonazifreie Zeit beginnt. Es ist nur eine Pause, freie Zeit für für 21 Stunden. Dann werden die "Republikaner" auf dem Römerberg sein.

Am Anfang steht da nur dieser weinrote Kleinbus. Mitten auf dem Römerberg haben ihn die Rechten am Samstagmorgen geparkt, im Zentrum einer Festung, einer labyrinthartigen Formation aus Drängelgittern, Sichtschutzzäunen und Polizeiketten. Vier Männer sitzen im Innern, sie warten auf ihre Konsorten, auf den Beginn der Kundgebung. Langsam beschlagen die Scheiben.

Mehr zum Thema

 [Fotostrecke: Rote Karte für die NPD](#)

Volker Stein schüttelt entsetzt den Kopf. Der Sicherheitsdezernent, der Oberst der Reserve ist und auf dem Römerberg seinen Bundeswehr-Pullover trägt, hätte die Kundgebung gerne verboten, wie er beteuert. "Aber es ging halt rechtlich nicht." Nun sei es wichtig, dass sich die Bürger der Stadt gegen den braunen Mob wehren.

Rededuelle mit Nazi-Gegnern

Hans-Christoph Stoodt steht an der Braubachstraße. Der Pfarrer hält inmitten von etwa 300 Antifaschisten ein Megaphon in die Höhe und fordert den Abbau der "Demütigungszelte", wie er die von der Polizei errichteten Schleusen nennt, in denen Gegendemonstranten nach gefährlichen Dingen durchsucht werden sollen. "Das können Eier sein", ruft ein Polizeikommunikator, "aber vor allem natürlich Steine und Flaschen." Der Kommunikator heißt Tarek Hafez und hat gute Nerven. Immer wieder liefert er sich Rededuellen mit Leuten von der Anti-Nazi-Koordination, der Umgangston auf Seiten der Demonstranten ist rau. "So lange sie nur reden und nicht gewalttätig werden, ist alles okay", sagt Hafez.

Um viertel nach zwölf steigen die vier Rechten aus ihrem weinroten Kleinbus. Sie sind jung, ihre Haare kurzgeschoren, die Stiefel schwarz. Sie bilden eine Reihe, zwei von ihnen halten eine Fahne der NPD hoch, so stehen sie da, regungslos. An der Braubachstraße lässt die Anti-Nazi-Koordination per Akklamation abstimmen, ob man sich nun der Durchsuchung beugen will. Man will nicht. "Die Mauer muss weg", rufen einige.

Stoodt entdeckt den Polizeipräsidenten hinter der Polizeikette, als er ihn ruft, nähert sich Achim Thiel zögerlich. "So wie Sie demonstrieren dürfen, dürfen die anderen auch demonstrieren", sagt er in ein Megaphon. "Die Maßnahmen sind zu Ihrer Sicherheit. Und das bleibt so." Auf dem Römerberg wird unterdessen der stellvertretende NPD-Landeschef Christian Müller festgenommen, weil er den so genannten Kühnengruß gezeigt hat. Später stürzen sich sechs Polizisten auf einen Mann, der sein Gesicht hinter einer Fahne der NPD-Jugendorganisation JN versteckt und "Türken raus" brüllt. Sehen kann das in der Braubachstraße aber niemand.

Randale in der Innenstadt

Dort drängeln die Antifaschisten gegen das Zelt. Die Polizisten packen ihre Schilde aus, es wird hektisch. Als der Druck zu groß wird, setzen die Beamten Pfefferspray ein. Die Demonstranten skandieren "Deutsche

Polizisten schützen die Faschisten" und "Nie, nie, nie wieder Deutschland". Später wird es in der Innenstadt noch hoch hergehen. Schwarz gekleidete Aktivisten der Autonomen Antifa, die die Demo am Römerberg vorzeitig verlassen haben, randalieren. Sie schmeißen Scheiben ein, zünden Müllcontainer an - und demolieren einen Wahlkampfstand der CDU. Flugblätter und Plakate wehen über die Hauptwache, die Polizei kommt zu spät.

An der Schirm steht derweil Anja Engelhorn vor einer Polizeikette, die den Treppenabgang zur U-Bahnstation abschirmt. Die Asta-Vorsitzende der Goethe-Uni vermutet wie etwa 200 andere Gegendemonstranten auch, dass hier die Neonazis ankommen werden. "Es ist wie im Zoo vor dem Gehege eines seltenen Tieres", sagt sie. "Man steht da und wartet, bis es endlich mal rauskommt." Als sie dann rauskommen, die Rechten aus dem Untergrund, wird es laut. Pfliffe, Gebrüll, Kirchenglocken. Fast zwei Stunden lang geht das so. Bis die NPD-Anhänger wieder verschwunden sind.

Der Sonntag ist eine Kopie des Samstags - nur ist die Zahl der Demonstranten, die die "Republikaner" auspfeifen, kleiner. Dennoch gibt es lautstarken Protest. Vor allem ein Transparent der Rechten mit der Aufschrift "Der Islam ist wie die Nazis der Judenfeind" erregt die Gemüter. Kurz vor Ende der Kundgebung steigen die Vertreter des Römerbergbündnisses auf die Empore der Nikolaikirche und entrollen ein Plakat: "Frankfurt: Kein Platz für Neonazis."

Am Abend räumt die Polizei die Absperrungen auf dem Römerberg weg. Die ersten Touristen trauen sich wieder auf den Platz, es ist vorbei. Nicht nur eine Pause.

Weitere Berichte

Frankfurt: [Rote Karte für die Neonazis](#)

Gedenken an Naziverbrechen: [Wider die Kultur der Menschenverachtung](#)

Dialog in zwei Minuten: [Mit Rechten tanzen](#)

Kommentar: [Mehr als ein Zeichen gegen rechts](#)

22.01.2008 Wiesbadener Kurier

NPD-Kundgebung wie immer verboten

- Stadt rechnet jedoch mit Erlaubnis des Gerichts

ra. WIESBADEN Die Stadt Wiesbaden hat drei Veranstaltungen der NPD, die am Samstag, 26. Januar, Kundgebungen veranstalten und Wahlwerbung machen will, verboten. Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz-Lorz rechnet aber damit, dass die mit Infoständen in Klarenthal, im Schelmengraben und an der Galatea-Anlage geplanten Veranstaltungen dennoch stattfinden. Mit schöner Regelmäßigkeit - zuletzt beim SPD-Landesparteitag Ende September - verbietet die Stadt nämlich NPD-Kundgebungen auf ihrem Terrain, und mit gleicher Regelmäßigkeit werden sie danach auf Antrag der NPD vom Verwaltungsgericht erlaubt. Zwar lag den Verwaltungsrichtern gestern noch kein Eilantrag der NPD vor, doch Dezernentin Zeimetz-Lorz geht davon aus, dass er noch kommt. "Wir bereiten uns jedenfalls darauf vor."

Das tut auch das "Wiesbadener Bündnis gegen Rechts" - ein Zusammenschluss verschiedener Vereine, Verbände und Parteien. Sie rufen auf einem Flyer zu Gegenkundgebungen auf. Angemeldet haben sie diese bisher aber nicht. Weder Ordnungsdezernat noch Polizei wussten gestern davon.

Für Unmut sorgt die NPD derweil auch mit Wahlwerbung vor Schulen, wo sie - wie am Freitag der vergangenen Woche vor dem Gymnasium Eltville - Musik-CDs verteilt. Nach Auskunft des staatlichen Schulamts wurden die Schulen - nach einem Hinweis des Landesamts für Verfassungsschutz - bereits über diese NPD-Aktionen informiert und gebeten, Sorge zu tragen, dass die CDs nicht in die Schule gelangen.

22.01.2008 www.morgenweb.de/service/archiv/artikel/640568840.html

Protest: Zahlreiche Gegendemonstranten bei rechten Kundgebungen am Römer

Brennende Müllcontainer und Rangeleien

Frankfurt. Die Wahlkampfkundgebungen der rechten Parteien NPD und Republikaner sind am Wochenende vor dem Frankfurter Rathaus Römer auf den meist friedlichen Protest zahlreicher Bürger getroffen. Die Polizei hat mit einem großen Aufgebot sowie Absperrungen und Kontrollen rund um den Veranstaltungsort Ausschreitungen verhindert. Gegen den Aufmarsch der Rechten hatten an beiden Tagen zusammen rund 1600 Menschen protestiert, schätzten die Beamten.

Bei kleinen Rangeleien am Samstag wurde niemand verletzt. Acht der rund 90 Teilnehmer der NPD-Demonstration wurden wegen Verdacht des Tragens verfassungsfeindlicher Symbole und verbotenen Gesten wie dem sogenannten Kühnen-Gruß vorläufig festgenommen. Nach der Veranstaltung randalierten teils verummte Täter in der Innenstadt. Sie stürzten Müllcontainer um, zündeten einen an und warfen die Scheiben eines Geschäfts ein. Die Polizei nahm ein Dutzend Randalierer fest, die mutmaßlich Anhänger der linksextremen Szene seien. Das Römerbergbündnis aus Kirchen und Gewerkschaften protestierte mit mehreren Gottesdiensten in der Alten Nicolaikirche direkt am Römerplatz. Glockengeläut und Schafblöken aus dem Lautsprecher übertönten die Reden der Rechtsextremen. Laut Polizei ging es bei der Kundgebung der rund 180 Republikaner am Sonntag ruhiger zu. "Es war lautstark, aber friedlich", sagte ein Sprecher der Polizei. Lediglich vor Beginn der Veranstaltung hätten sich zwei Männer angegriffen und beleidigt. Ihe

Südhessen Morgen

23.01.2008 www.jungewelt.de/2008/01-23/066.php

»Der Frankfurter Polizeipräsident muß zurücktreten«

Linksfraktion im Römer fordert Konsequenzen: Beamter hätte Neonazidemo auflösen lassen können.

Ein Gespräch mit Astrid Fischer - Interview: Gitta Düperthal

Astrid Fischer ist Stadtverordnete der Fraktion der Linkspartei in Frankfurt am Main

Am vergangenen Samstag und Sonntag haben NPD und Republikaner mit jeweils etwa 60 Teilnehmern den zentralen Platz am Römer in der Innenstadt von Frankfurt am Main okkupiert. Die Öffentlichkeit hatte hingegen keinen Zugang, weil die Polizei alles abgesperrt hatte. Wie beurteilen Sie diesen Vorgang?

Das ist ein Skandal. Insbesondere weil auf diesem Platz eine Gedenktafel darauf hinweist, daß hier die Nazis am 10. Mai 1933 Bücher verbrannten. Dieser Platz muß vor Faschistenaufmärschen geschützt werden. Es gab vergangenes Wochenende auch Touristen aus aller Welt, die viel Geld ausgegeben haben, weil sie die historische Gedenkstätte besuchen wollten. Wie soll man ihnen erklären, daß sie keinen Zugang haben, weil 60 Rechtsradikale unter dem Schutz Tausender Polizisten hier ihre rassistischen Botschaften verbreiten? Im Rathaus haben Eheschließungen stattgefunden. Welches Paar will wohl auf seinem Hochzeitsfoto mit einer NPD-Fahne abgebildet sein?

Warum hat das Stadtparlament den Aufmarsch nicht untersagt?

Das frage ich mich auch. All die Dinge, die ich angesprochen habe, hätte man als Begründung geltend machen können. Der Ordnungsdezernent Volker Stein (FDP) hätte sagen können: Bürgerrechte sind vorrangig. Angeblich hat man die Demonstration nicht untersagt, weil die Landtagswahl dann hätte angefochten werden können, da es sich um Wahlkundgebungen handelte. Allerdings hat man sich auch selber einiger adäquater Argumente beraubt: Denn die Polizei hat in der Vergangenheit Volksverhetzungen, das Tragen von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen und andere Straftaten der Rechten nicht ordentlich dokumentiert und ist nicht dagegen vorgegangen. Etwa, als beim NPD-Aufmarsch im Juli 2007 Parolen wie »BRD – Judenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt« gerufen wurden. Fazit: Die Frankfurter Polizeiführung begünstigt rechtsextreme Aufmärsche in jeglicher Form. Wer indes von den Gegendemonstranten oder Bürgern am vergangenen Wochenende den Platz betreten wollte, hätte sich von der Polizei in Zelten an der Absperrung begripschen und durchsuchen lassen müssen. Eine demütigende Prozedur.

Die Linke fordert den Rücktritt des Polizeipräsidenten Achim Thiel (CDU). Wie begründen Sie das?

Der Frankfurter Polizeipräsident muß zurücktreten, weil unter seiner Führung der Einsatz stattfand. Es geht sehr wohl auch anders. Das zeigte der erst kürzlich beabsichtigte Neonazimarsch in Offenbach. Weil zu viele Gegendemonstranten da waren, und die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden konnte, hatte der dortige Polizeipräsident den braunen Zug aufgelöst. Da hat die Polizeileitung ihren Ermessensspielraum in positiver Weise genutzt. Völlig unverhältnismäßig war dagegen der Großeinsatz von Landes- und Bundespolizei am vergangenen Wochenende in Frankfurt am Main. Steuergelder in Millionenhöhe aufzuwenden, um einen jämmerlichen Haufen von Rassisten demonstrieren zu lassen – das ist nicht hinnehmbar.

Was hat Ihre Forderung nach Thiels Rücktritt bewirkt?

Bisher leider nichts. Ich möchte daran erinnern, daß es in Frankfurt schon andere Entscheidungen gab. 2001 an der Bertramswiese vor dem Hessischen Rundfunk kam der rechte Mob noch nicht einmal aus der U-Bahn heraus und mußte unter Polizeischutz wieder aus der Stadt hinausgeleitet werden. In den Bahnen gab es Sachbeschädigung. Damals wurde ein Antrag der PDS mehrheitlich im Stadtparlament verabschiedet, gegen die Stimmen von FDP und der CDU. Der Magistrat hat dafür zu sorgen, daß die Bewegungsfreiheit der Frankfurterinnen und Frankfurter bei Demonstrationen nicht unangemessen eingeschränkt wird, so der Tenor. Insbesondere darf eine Bahn- oder Buslinie nicht deswegen für die Öffentlichkeit stillgelegt werden, weil sie benutzt werden soll, um einen Neonaziaufmarsch zu ermöglichen. Aber auch das hat der Polizeipräsident am vergangenen Wochenende veranlaßt.

Was erwarten Sie jetzt vom Frankfurter Stadtparlament?

Das Verhalten des Polizeipräsidenten muß fraktionsübergreifend verurteilt werden. Kritisiert wurde genug – bereits anläßlich des NPD-Aufmarsches am 7. Juli. Nun müssen Konsequenzen folgen.

23.01.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/darmstadt/?em_cnt=1276320

NPD lässt sich nicht blicken - Kreis Groß-Gerau Hunderte stehen gegen Rechts auf und demonstrieren in den Städten - VON MADELEINE RECKMANN

Nazis raus" steht auf den Schildern, das Kinder stolz in die Höhe heben. An der Mauer des Alten Rathauses in Mörfelden halten Schüler jeweils zwei Buchstaben in der Hand, die zusammen die Worte "Schule ohne

Rassismus" ergeben. 400 Personen haben sich gestern auf dem Dalles und 300 am Walldorfer Bahnhof versammelt, um gegen die Kundgebung der NPD zu demonstrieren.

Doch die Mitglieder der rechtsextremen Partei blieben weg. Wie am Vortag in Offenbach haben die NPD'ler gestern in Mörfelden-Walldorf und Groß-Gerau auf ihre angemeldete Wahlwerbung für die Landtagswahl am Sonntag verzichtet, ohne der Verwaltung Bescheid zu sagen. Wären sie gekommen, wären sie in Mörfelden-Walldorf auf erheblichen Widerstand gestoßen. Die Stadthistorikerin Cornelia Rühlig hatte auf Initiative von Bürgermeister Heinz-Peter Becker (SPD) Schüler und Lehrer der Bertha-von-Suttner-Schule und Laienspieler ihres Museumtheaterstücks für Reden und Kundgebungen unter dem Motto "Aus der Geschichte lernen ... Dafür steht Mörfelden-Walldorf" mobilisiert. Bodo Kolbe und Ralf Baitinger sorgten in Mörfelden mit REldblues für Stimmung, Siggli Liersch und Joachim Jourdan in Walldorf.

Ohne die NPD konnten die Aktionen ganz entspannt ablaufen. Bernd Wiederhold, Fachbereichsleiter für Politik und Geschichte an der Bertha-von-Suttner-Schule, erklärte in seinem Grußwort, dass die Klasse 13 zur Kundgebung gegen die NPD gekommen sei, um den Feinden der Demokratie nicht die öffentlichen Plätze zu überlassen. Der Schulsprecher Fabian Herzberger forderte Wachsamkeit gegen Hetzkampagnen von Rechts und Gleichberechtigung in der Bildung. Die evangelischen Pfarrer Andrea Schätzler-Weber und Markus Buss sprachen sich für eine Gesellschaft aus, die keinen zu Verlierern macht, damit der Rechts-extremismus nicht an Boden gewinne.

Zudem geriet die Anti-NPD-Kundgebung zur kleinen Geschichtsstunde über die Verfolgung von Juden und politisch Andersdenkenden aus Mörfelden und Walldorf in der NS-Zeit.

"Wir wollten nicht mit Geschrei und Trillerpfeifen gegen die Nazis vorgehen", sagte Rühlig. In Walldorf berichtete die Schülerin Elisabeth von den jüdischen Geschwistern Reiß, die in Walldorf einen kleinen Lebensmittelladen hatten und im KZ ermordet wurden. Der Schüler Ferris erzählte aus den Erinnerungen des Sozialdemokraten Wilhelm Passet, der am 7. März 1933 von SA-Männern abgeholt wurde und im KZ Osthofen landete. In Mörfelden gab Gisela Kögler Henni Neu aus der Westendstraße eine Stimme und ließ sie sich an den Boykotttag gegen die jüdischen Läden erinnern und daran, dass die Nicht-Juden nicht wagten, ihrer Familie zu helfen, weil sie Angst hatten.

In Rüsselsheim hatten sich im Dicken Busch Menschen versammelt, um ihren Widerstand gegen die "braune Hetze" auszudrücken, wie OB Stefan Gietowski es nannte. Die NPD hatte dort ebenfalls eine Kundgebung geplant, die jedoch verboten werden konnte, weil sie vor dem Bürgerbüro hätte stattfinden sollen.

23.01.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1276286

Stadt bleibt hart gegenüber NPD - Drei Kundgebungen der Rechtsextremen verboten / Gegner fühlen sich zu wenig informiert - VON GABY BUSCHLINGER

Drei Wahlkampf-Kundgebungen hat die NPD für den kommenden Samstag in Wiesbaden angemeldet: 11 Uhr Klarenthal, 13 Uhr Schelmengraben und 15 Uhr Galatea-Anlage in Biebrich. Zehn Teilnehmer sind angekündigt.

Wie immer hat die Stadt die Aufläufe verboten. Und ebenfalls wie immer wird das Verwaltungsgericht die Verbote vermutlich aufheben und die Versammlungen gestatten. Schließlich ist die NPD keine verbotene Partei und hat das Recht auf Versammlungsfreiheit.

Warum erlaubt die Stadt Wiesbaden also nicht gleich, was erlaubt ist? Frankfurt beispielsweise schenkt sich die Einschaltung der Gerichte, eben weil die Kundgebungen selten verboten werden können. "Wir wollen zeigen, dass wir als Stadt diese Art der Veranstaltungen nicht wollen", sagt die zuständige Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz-Lorz (CDU) auf FR-Nachfrage. Auf dieses Vorgehen habe sich die vor anderthalb Jahren gebildete Regierungskoalition aus CDU, FDP und Grünen verständigt. "Der Koalition ist es wichtig, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen", so die Dezernentin weiter. Als Motto habe die NPD "Wir räumen auf. NPD - Alternative für Hessen" angekündigt. In ihrer Verbotsbegründung befürchtet die Ordnungsdezernentin, "dass es zu volksverhetzenden Äußerungen kommt".

In der Vergangenheit hat die NPD beim Verwaltungsgericht fast immer eine Aufhebung des Verbots erreicht. Bis Dienstag war beim Verwaltungsgericht zwar noch kein Eilantrag eingegangen. Doch die NPD hat noch bis Freitag Zeit. Genervt von der städtischen Vorgehensweise und den Verboten zeigte sich Gerichtssprecherin Patricia Evers nicht: "Wir müssen immer den Einzelfall prüfen."

Das antifaschistische Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers wirft der Stadt indes vor, die NPD-Aktionen zu verschweigen. So hätten die Rechten keine Gegenwehr aus der Gesellschaft zu erwarten, sagt Florian Back vom Bildungs- und Solidaritätswerk.

Möglichst wenig Öffentlichkeit

Ordnungsdezernentin Zeimetz-Lorz verteidigt die städtische Taktik: "Jeder muss sich fragen, ob er Rechtsextreme nicht aufwertet, wenn er zu ihren Veranstaltungen viel Begleitmusik auffährt." Die Koalition habe beschlossen, Extremen möglichst wenig Öffentlichkeit zu geben. Das kürzlich gegründete Wiesbadener Bündnis gegen Rechts, dem diverse Vereine, Organisationen und Parteien angehören, hat derweil Gegenkundgebungen angemeldet. Das Bündnis will der "neofaschistischen NPD zeigen, dass für Nazis in dieser Stadt kein Platz ist".

Im Dezember 2006 hatte das Verwaltungsgericht übrigens einmal das Verbot der Stadt bestätigt. Allerdings genehmigte dann das Oberverwaltungsgericht die Demonstration. Doch nach kurzer Zeit löste die Polizei die NPD-Demo gegen den Moscheebau auf dem Gräselberg auf: Die rund 100 Teilnehmer hatten volksverhetzende Parolen skandiert.

23.01.2008 <http://npd-blog.info>

NPD-Kandidaten: männlich und kaum zu erreichen

Die NPD hat sich in den vergangenen Monaten verstärkt um die Einbindung von Frauen in die Partei bemüht. Bislang offenbar nur mit wenig Erfolg, schaut man sich zumindest die Kandidatenlisten für die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar 2008 an. Diese bestehen fast ausschließlich aus männlichen Bewerbern. Einige der wenigen Frauen sind zudem noch Ehefrauen oder Lebensgefährtinnen von NPD-Kadern.

Zudem wirft die NPD den demokratischen Parteien gerne vor, ([more...](#))

25.01.2008 <http://www.morgenweb.de/service/archiv/artikel/640851555.html>

Polizei ermittelt gegen NPD-Aktivisten - Fahndung: Aktionen in Bensheim, Heppenheim und Lorsch

Bensheim. Vier von acht Teilnehmern einer am Mittwoch in der Fußgängerzone von Bensheim unangemeldet durchgeführten Aktion (wir haben berichtet) konnte die Polizei schnell als NPD-Aktivisten identifizieren.

Besorgte Bürger, die von Personen der rechten Szene gesprochen und von der Aktion Bildmaterial gefertigt hatten, informierten die Polizei.

Nach deren Ermittlungen war die achtköpfige Personengruppe Parolen skandierend und mit schwarz-weiß-roten Fahnen ausgerüstet gegen 13.15 Uhr für kurze Zeit durch die Fußgängerzone in der Hauptstraße gezogen.

Offensichtlich die selbe Personengruppe lief kurz darauf ebenfalls unangemeldet durch Heppenheim und Lorsch. Weitere Aktionen konnten durch die sofort eingeleitete Fahndung der Polizei verhindert werden. Im Zuge der Fahndung wurden von den Beamten drei verdächtige Männer kontrolliert. In ihrem Auto war nach Mitteilung der Polizei Wahlkampfmaterial der NPD gefunden worden. Sie hatten ihre Teilnahme an den Aktionen bestritten, konnten aber inzwischen ebenso anhand von Bildmaterial als Teilnehmer der Aktion in Bensheim identifiziert werden wie ein bekannter NPD-Aktivist. Gegen die vier Männer wurden Ermittlungen wegen versammlungsrechtlicher Verstöße eingeleitet.

Hinweise auf das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen haben sich laut Polizeibericht bisher nicht ergeben. Die Ermittlungen dauern an. Pol **Bergsträßer Anzeiger**

25.01.2008 www.echo-online.de

Polizei ermittelt in der rechten Szene - Aufmarsch: Nach Aktionen an der Bergstraße NPD-Aktivisten identifiziert

KREIS BERGSTRASSE. Die Polizei hat vier der acht Teilnehmer ermittelt, die am Mittwochnachmittag in Bensheim, Heppenheim und Lorsch mit Parolen und Fahnen aufgetreten sind. Sie seien als NPD-Aktivisten identifiziert worden, heißt es im Polizeibericht. Besorgte Bürger hatten die Polizei informiert.

Nach deren Ermittlungen war die achtköpfige Personengruppe in Bensheim mit Parolen und mit schwarz-weiß-roten Fahnen ausgerüstet durch die Fußgängerzone in der Hauptstraße gezogen. Offensichtlich dieselben Personen liefen kurz darauf ebenfalls unangemeldet durch Heppenheim und Lorsch. Weitere Aktionen hätten durch die Polizei verhindert werden können. Im Verlauf der Fahndung seien drei Männer kontrolliert worden. In ihrem Auto sei Wahlkampfmaterial der NPD gefunden worden. Sie hatten ihre Teilnahme an den Aktionen bestritten, hätten aber ebenso anhand von Bildmaterial als Teilnehmer in Bensheim identifiziert werden können wie ein bekannter NPD-Aktivist. Gegen die vier Männer seien Ermittlungen eingeleitet worden wegen des Verdachts, gegen das Versammlungsrecht verstoßen zu haben. Hinweise auf verfassungswidrige Organisationen haben sich nicht ergeben, heißt es im Polizeibericht.

25.01.2008 www.morgenweb.de/region/rhein_neckar_ticker/artikel/regionalticker_16164.html

Darmstadt: Verwaltungsgericht bestätigt Verbot von NPD-Veranstaltungen

Darmstadt. Das Verwaltungsgericht Darmstadt hat ein Verbot von zwei für heute geplanten Veranstaltungen der rechtsextremen NPD Heppenheim und Viernheim bestätigt. Die Richter sähen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, so dass ein Verbot nach dem Versammlungsgesetz gerechtfertigt sei, teilte das Gericht mit. Nach Auffassung der Richter gab es Anhaltspunkte dafür, dass der Veranstaltungsleiter, der NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll, seinen Auftritt erneut für Äußerungen nutzen wolle, die den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen. (Ihe)

25.01.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1277845

Südhessen - Verwaltungsgericht bestätigt Verbot von NPD-Veranstaltungen

Darmstadt (dpa) - Das Verwaltungsgericht Darmstadt hat am Freitag ein Verbot von zwei am diesem Tag geplanten Veranstaltungen der rechtsextremen NPD Heppenheim und Viernheim bestätigt. Die Richter sähen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, so dass ein Verbot nach dem Versammlungsgesetz gerechtfertigt sei, teilte das Gericht mit. (Aktenzeichen: 3 L 126/08(1) und 3 L 127/08(1)) Nach Auffassung der Richter gab es Anhaltspunkte dafür, dass der Veranstaltungsleiter, der NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll, seinen Auftritt erneut für Äußerungen nutzen wolle, die den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen. "Obwohl Herr Wöll im vergangenen Jahr durch das Amtsgericht Friedberg wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten ohne Bewährung verurteilt worden war, hat er sich bislang nicht von den Äußerungen, die zu seiner Verurteilung geführt haben, distanziert", hieß es. Darüber hinaus habe er im vergangenen Juli in Frankfurt durch verschiedene Äußerungen eine hochproblematische Einstellung zu Gewalt erkennen lassen.

26.01.2008 http://www.marktplatz-recht.de/559/?no_cache=1&tx_ttnews%5Bttnews%5D=58682&tx_ttnews%5BbackPid%5D=40

Verbot von NPD-Veranstaltungen bestätigt

Das VG Darmstadt hat Verfügungen der Städte Heppenheim und Viernheim bestätigt, die jeweils für den 25.01.2008 in Heppenheim und in Viernheim geplante Veranstaltungen der NPD untersagt hatten. Das Gericht sieht in den geplanten Veranstaltungen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, so dass ein Verbot nach dem Versammlungsgesetz gerechtfertigt ist. Nach Auffassung des Gerichts bestehen insbesondere Anhaltspunkte dafür, dass der Versammlungsleiter, Herr Wöll, die geplante Veranstaltung dazu nutzen werde, erneut Äußerungen zu tätigen, die den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Obwohl Herr Wöll im vergangenen Jahr durch das AG Friedberg wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten ohne Bewährung verurteilt worden ist, habe er sich bislang nicht von den Äußerungen, die zu seiner Verurteilung geführt haben, distanziert. Darüber hinaus habe er auf einer Veranstaltung in Frankfurt am Main am 07.07.2007 durch verschiedene Äußerungen eine hochproblematische Einstellung zu Gewalt erkennen lassen. Als verantwortlicher Versammlungsleiter dieser Veranstaltung habe er antisemitische Sprechchöre einiger Dutzend Teilnehmer wie z.B. "Juden raus aus deutschen Straßen" ebenso hingenommen wie er das Zurschaustellen von T-Shirts mit dem Abbild des "SS-Führers und Reichssicherheitshauptamtchefs" Reinhard Heydrich trotz entgegenstehender Auflagen der Stadt Frankfurt am Main nicht unterbunden habe.

Im Übrigen komme auch ein Redeverbot für Herrn Wöll als milderer Mittel nicht in Betracht, denn weitere Tagesordnungspunkte seien auf den Veranstaltungen nicht vorgesehen, so dass Herr Wöll gleichsam die tragende Säule der Veranstaltung darstelle.

26.01.2008 www.echo-online.de

Gericht bestätigt Verbot

HEPPENHEIM. Die dritte Kammer des Verwaltungsgerichts Darmstadt hat Verfügungen der Städte Heppenheim und Viernheim bestätigt, die Veranstaltungen der NPD untersagt hatten. Das Gericht sah eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, so dass ein Verbot nach dem Versammlungsgesetz gerechtfertigt sei, wie es in einer Presseerklärung vom Freitag heißt.

Nach Auffassung der Richter hat es Anhaltspunkte dafür gegeben, dass der Versammlungsleiter den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Obwohl dieser durch das Amtsgericht Friedberg wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde, habe er sich bislang nicht von den Äußerungen, die zu seiner Verurteilung geführt haben, distanziert. Außerdem habe er eine „hochproblematische Einstellung zu Gewalt“ erkennen lassen.

Als Versammlungsleiter habe er im vergangenen Jahr in Frankfurt antisemitische Sprechchöre ebenso hingenommen wie von T-Shirts mit dem Abbild des „SS-Führers und Reichssicherheitshauptamtchefs“ Reinhard Heydrich.

Ein Redeverbot als milderer Mittel kam für das Gericht nicht in Betracht, denn weitere Tagesordnungspunkte seien in Heppenheim und Viernheim nicht vorgesehen gewesen, so dass der Versammlungsleiter als die tragende Säule angesehen werden musste. (Aktenzeichen 3 L 126/08(1) und 3 L 127/08(1)). E

26.01.2008 www.echo-online.de

Gegen rechts - Demonstration: 40 Leute stellen sich der NPD entgegen, doch die bleibt Heppenheim fern

HEPPENHEIM. 40 Menschen demonstrierten am Freitag in Heppenheim gegen Rechtsextremismus. Sie folgten einem Aufruf mehrerer Gruppen, darunter die Initiative gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit und der DGB. Vom Bahnhof zogen die Demonstranten in die Fußgängerzone.

Anhänger der NPD, die einen Aufmarsch angekündigt hatten, waren nicht erschienen. Die Stadt hatte deren Kundgebung verboten. Am Mittwoch war eine rechtsextreme Gruppe durch die Fußgängerzonen marschiert, hatte Fahnen geschwenkt und Parolen gerufen. Die Polizei hat am selben Tag einen Trupp gestellt, die Personalien ermittelt und Anzeige erstattet, weil gegen das Versammlungsrecht verstoßen worden sei.

Die Demonstration sollte am Freitag deutlich machen, dass rechtsextremen Bestrebungen nicht tatenlos zugesehen wird. Die Demonstranten beriefen sich auf die „Erklärung gegen rechtsextreme Aktionen“, die die Stadtverordnetenversammlung verabschiedet hat. dd 26.1.2008

26.01.2008 www.morgenweb.de/region/lorsch_einhausen/20080126_srv0000002071230.html

Siemens-Schule: Gemeinsame Aktion gegen Rassismus gestern mit der Katholischen jungen Gemeinde - Menschenkette um die Schule

Lorsch. Anhänger der NPD hatten kürzlich versucht, an der Siemens-Schule Propaganda-Material loszuwerden. Aufmerksame Jugendliche aber hatten Schulleiter Philipp-Otto Vock über die ungebeten Gäste informiert, und der verwies die Rechtsextremen vom Schulgelände.

Daraufhin wollten einige Haupt- und Realschüler ein Zeichen setzen und zeigen, dass sich ihre Schulgemeinde für Demokratie und Toleranz stark macht. Die jungen Leute um Achtklässler Markus Schramm wandten sich an die Katholische junge Gemeinde (KjG) und baten um Unterstützung - mit Erfolg. Alexander Winkler und KjG-Bildungsreferent Steffen Wörner von der Diözese Mainz ließen sich nicht lange bitten. Sie halfen mit, eine Aktion gegen Rassismus und Gewalt zu organisieren, an der sich gestern die gesamte Schule beteiligte.

Die Mitarbeiter des katholischen Jugendverbandes beschenkten alle 600 Schüler einzeln mit einer "Schulhof-CD". Titel unter anderem von "Silbermond" und "Baxter" sind darauf zu hören.

Die Lieder unter dem Motto "Respekt" wurden gestern am späten Vormittag lautstark im Schulhof abgespielt.

Aufruf der Schülerversammlung

Dazu bildeten die Siemens-Schüler gemeinsam mit vielen Lehrern eine lange Menschenkette rund um die Schule. Schulsprecherin Tatjana Rädge informierte mit einer Lautsprecherdurchsage über die Veranstaltung der Schülerversammlung.

In seiner Ansprache unterstrich Schulleiter Philipp-Otto Vock, wie wichtig Engagement gegen rechtsradikale Tendenzen ist. Alexander Winkler lobte den Einsatz der Siemens-Schüler, der auch von Vertrauenslehrer Jürgen Rühl und Christian Rauch als Kaplan der Pfarrgemeinde St. Nazarius aktiv unterstützt wurde. Die Schüler erklärten ihre Zustimmung zur Aktion für Toleranz und Demokratie abschließend mit kräftigem Applaus. Sch

27.01.2008 <http://npd-blog.info>

Sechs Prozent plus X? NPD in Hessen und Niedersachsen offenbar über 1 Prozent

Die rechtsextreme NPD schafft es in Hessen und Niedersachsen nicht in die Landtage. In Niedersachsen erhält sie laut dem vorläufigen Endergebnis 1,5%, in Hessen laut ARD-Umfrage 1,2%. Für Niedersachsen ist dies ein Desaster für die NPD, hatte sie doch alle Ressourcen dorthin mobilisiert. Dennoch: Mehr als 50.000 Bürger in Niedersachsen haben am [62. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz](#) der völkischen NPD ihre Stimme gegeben.

Für die NPD-Hessen ist dieses Ergebnis ein halber Erfolg. Denn ab 1 Prozent erhält die rechtsextreme Partei Gelder aus der Wahlkampfkostenerstattung. Da die NPD nur wenig Geld in den Wahlkampf in Hessen investiert hat, könnte sich dieses Ergebnis als ein gutes Geschäft für die Rechtsextremisten erweisen. Die NPD, die das parlamentarische System "abwickeln" will, [finanziert sich zu 2/3 aus öffentlichen Geldern](#). In Niedersachsen hatte die NPD sechs Prozent plus x angestrebt. Bei den Erststimmen erreichte sie allerdings 0,8% der Stimmen. Interessant wird nun, ob das Zweckbündnis zwischen NPD und anderen Neonazis in Norddeutschland hält. Nach dem schwachen Abschneiden in Niedersachsen könnte sich Frust breit machen, da Wahlerfolge im Westen utopisch erscheinen. Daher geht die NPD in Bayern bereits den Weg, bürgerliche Tarnlisten ins Rennen zu schicken. Die Kooperation mit gewaltbereiten Neonazis verhindert einen Ausbruch aus der gesellschaftlichen Isolation. [Schon in den vergangenen Wochen und Monate hatte der Umgang mit den selbsternannten "Autonomen Nationalisten" für parteiinternen Streit gesorgt](#). Dieser dürfte jetzt nicht weniger werden.

Möglicherweise justieren NPD und DVU auch ihren "Deutschlandpakt" neu. Die NPD könnte im Osten antreten, die DVU im Westen. Zurzeit sieht es allerdings eher danach aus, [als ob dieses rechtsextreme Bündnis bald platzen könnte](#).

Relativ erfolgreich im Harz

Einzelergebnisse aus Niedersachsen (Zweitstimmen):

Wahlkreise Bersebrück: 0,9%, Bramsche 0,8%, Georgsmarienhütte 0,7%, Osterode 2,4%, Wolfsburg 2,1%, Stade 1,7%.

Damit deutet sich an, was schon länger bekannt ist: Schwerpunkte der NPD in Niedersachsen liegen im Harz und in der Region Braunschweig/Wolfsburg. Alle Ergebnisse aus den Wahlkreisen: [\[klick\]](#)

In Hessen gibt es hier die Ergebnisse aus den Wahlkreisen: [\[klick\]](#)

[NPD-BLOG.INFO über den NPD-Wahlkampf in Hessen und Niedersachsen.](#)

27.01.2008 <http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Landtagswahlen-Hessen-Niedersachsen;art141,2464684#>

**Landtagswahl in Hessen - Rechts, wo kein Herz mehr schlägt
Roland Koch wurde ausgebremst - von den Wählern zurückgepfiffen. Die polarisierende Debatte zum Thema Jugendkriminalität erweist sich als Fehlgriff. Ist die Zeit der Volkspartei CDU abgelaufen?**

Er war der letzte seiner Art, kantig, markig, konservativ. Und er hat, zum Entsetzen einer liberalen Medienöffentlichkeit, einen ebensolchen Wahlkampf geführt, kantig, markig, konservativ. Dafür wurde Roland Koch bestraft, bitter bestraft. Nicht weil Andrea Ypsilanti besonders sympathisch oder kompetent wäre, legte die SPD in Hessen zu, sondern weil Koch polarisierte, rutschte die CDU dramatisch ab. Was nun aus ihm wird, ist einerlei (womöglich bleibt er sogar im Amt, das steht zur Stunde nicht fest). Wichtig aber ist: Die durch Koch für die CDU verlorene Wahl in Hessen besiegelt das Ende einer konservativen Volkspartei in Deutschland. Denn dies Beispiel darf, solchen Schluss werden seine Parteigenossen ziehen, nie wieder Schule machen.

Angela Merkels Mitte dagegen triumphiert, jenes kuschelige, korrekt-pragmatische, wert- und prinzipienneutrale Herumgewurschtel. Nicht der Linksruck der Bundes-SPD wurde in Hessen also verstärkt (obwohl auch), sondern der Mitte-Ruck der Bundes-Union. Die Zeit der Dreggers, Schönbohms und Kochs ist endgültig vorbei, das Bedürfnis nach konservativem Klartext bleibt künftig unbefriedigt.

Was soll Helga Mustermann jetzt tun? Wo findet sie noch eine politische Heimat? Helga Mustermann ist fiktiv, aber als Typus höchst real. Sie war stets für die deutsche Einheit, mag die Kommunisten nicht, findet es verwerflich, mit ihnen und deren Nachfolgern zu paktieren (oder sich dulden zu lassen). Werte wie Anstand, Respekt, Pünktlichkeit und Fleiß hält sie nicht für Sekundärtugenden, über die man spotten darf. Sie glaubt an Gott, empfindet moralische Skrupel bei der Abtreibung und der embryonalen Stammzellenforschung. Den Begriff „Herdprämie“ hält sie für zynisch. Sie meint, dass der Staat sich nicht uferlos verschulden, aber die Bürger auch nicht hemmungslos schröpfen sollte. Die Subventionsmentalität verachtet sie, besonders in der Kultur. Theaterintendanten, die mit Steuermitteln nur Nacktes und Obszönes auf die Bühne bringen, empfindet sie als arrogant. Über privates Schundfernsehen kann sie sich ebenso empören wie über gewalttätige Jugendliche, die es schick finden, ab und zu im Knast zu landen.

Doch wer in der Politik spricht noch Helga Mustermanns Sprache? Wer versteht sie und teilt ihre Welt? Keiner. Und nach der Hessen-Wahl erst recht nicht. Koch war der letzte von Format in der Union, der sich gelegentlich traute. Nach ihm kommt niemand Namhaftes mehr. Den fortschrittlichen deutschen Studienrat mag das freuen. Aber für die bundesdeutsche Demokratie könnte es problematisch werden.

Absplitterungen nach links kennen wir reichlich. Absplitterungen nach rechts, wie es sie in vielen anderen europäischen Ländern gibt, waren in Deutschland nur deshalb nie erfolgreich, weil das Kantig-Markig-Konservative in der Union repräsentiert und von ihr abgedeckt wurde. Koch selbst braucht niemand, sollte er denn gehen, eine Träne nachzuweinen. Mit Wehmut indes erinnern wir uns an eine CDU, die die rechtskonservativen Kräfte in diesem Land einzubinden verstand. Diese Ära ist vorbei.

28.01.2008 <http://npd-blog.info>

NPD scheitert in Hessen an der 1-Prozent-Hürde

Der [NPD-Ritter und Anwalt der Gartenzwerge](#), Marcel Wöll, ist mit seiner Partei beim Sprung über die 1-Prozent-Hürde in Hessen gescheitert. Nach Angaben des Landeswahlleiters entfielen auf die NPD genau 0,874% der abgegebenen Stimmen. Die rechtsradikalen Republikaner kamen demnach auf 1,011%, auch die Freien Wähler liegen mit 0,886% noch vor der völkischen Partei.

In Niedersachsen erreichte die NPD trotz eines weit größeren Wahlkampfetats 1,5 Prozent der Stimmen, erhält somit Geld aus der Wahlkampfkostenerstattung. Ein wirklicher Erfolg ist das aber auch nicht, hatte Spitzenkandidat Andreas Molau als Ziel sechs Prozent plus X ausgegeben. Die NPD, eine „gefühlte Volkspartei“, wie die FAZ einmal schrieb, hat somit den Sprung in ein westdeutsches Parlament deutlich verfehlt. Was bleibt? Einige Kuriositäten aus dem Wahlkampf sowie die Erkenntnis, dass Parteien, die mit militanten Neonazis paktieren, im Westen bei Landtagswahlen keine Chance haben. Selbst bei geringer Wahlbeteiligung und langweiligem Wahlkampf, so wie in Niedersachsen. Für die Bundestagswahl wird dies noch viel mehr gelten, da es hier die Mini-Parteien erfahrungsgemäß schwerer haben. Für Kommunalwahlen gilt dies aber ([more...](#))

28.01.2008 <http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/republikanervornpd/>

Republikaner vor NPD - Wiesbaden – Die NPD hat bei der Hessen-Wahl ihr Minimalziel verfehlt, 1 Prozent der Stimmen zu erreichen.

Sie kam auf lediglich 0,9 Prozent der Stimmen. Damit erhält die NPD für die Hessen-Wahl keine Mittel aus der Wahlkampfkostenerstattung. Anders die Republikaner, die auf 1,0 Prozent kamen, 0,3 Prozent weniger als bei der Landtagswahl 2003. Für die NPD entschieden sich in Hessen 23 972 Wähler/innen, die Republikaner erhielten 27 721 Stimmen (minus 6.842). In 37 der 55 Wahlkreise schnitten die Republikaner besser ab als die NPD. Ihre besten Ergebnisse erzielten sie in den Wahlkreisen Groß-Gerau I mit 2,2, Offenbach-Stadt und Odenwald mit 2,1 sowie Main-Kinzig III mit 2,0 Prozent. **Die NPD kam in den Wahlkreisen Wetterau II auf 3,0, Hersfeld auf 2,2 und Wetterau III auf 2,0 Prozent.** (ts)

29.01.2008 <http://www.tagesspiegel.de/politik/div/Landtagswahlen;art771,2465457#>

Landtagswahlen - Schlappe für die Rechten

Wahlerfolge rechtsextremer Parteien bleiben nahezu ausschließlich ein ostdeutsches Phänomen. Weder in Hessen noch in Niedersachsen hatte die NPD eine Chance, in den Landtag einzuziehen.

Berlin - Die NPD verfehlte in Hessen mit 0,9 Prozent der Stimmen sogar das für die Erstattung von Wahlkampfkosten notwendige Minimum von einem Prozent. Die Republikaner erreichten genau diesen Wert, müssen aber gegenüber der Wahl von 2003 einen Verlust von 0,3 Prozent hinnehmen. In Niedersachsen sieht es für die NPD etwas besser aus. Hier kam sie auf 1,5 Prozent und vervierfachte fast ihr Ergebnis von 2003 (0,4 Prozent). Die Reps waren in Niedersachsen lediglich mit einem Kandidaten angetreten: Landeschef Dirk Hacaj bekam in Salzgitter 2,5 Prozent. Die mit der NPD verbündete DVU hatte auf die Wahlen in Hessen und Niedersachsen ganz verzichtet.

Damit sitzt in westdeutschen Landesparlamenten weiterhin nur ein einziger Ultrarechter, der 2007 für die DVU in die Bremer Bürgerschaft gewählte Siegfried Tittmann. Er hat inzwischen die Partei verlassen.

Der NPD sei es weder in Hessen noch in Niedersachsen gelungen, politische oder soziale Themenfelder zu besetzen und für eine Wählermobilisierung nutzbar zu machen, sagte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, dem Tagesspiegel. Dies gelte besonders für Hessen, wo die NPD von vorneherein mit personellen und logistischen Problemen zu kämpfen hatte. Bei den Republikanern bestätigt sich laut Fromm „einmal mehr der Trend in die politische Bedeutungslosigkeit“.

Die dürftigen Resultate der extremen Rechten seien unter anderem mit der Protestkonkurrenz durch die Linkspartei zu erklären, sagte Parteienforscher Richard Stöss von der Freien Universität Berlin. Die Linke schmälere mit ihrer antikapitalistischen Haltung nicht nur das Wählerpotenzial der SPD, sondern auch das der NPD, die sich ebenfalls als Partei der kleinen Leute präsentiert. Außerdem werde die Linke im Westen stärker als Protestpartei wahrgenommen als im Osten, wo sie zu den Etablierten zähle. Unklar sei, in welchem Maße der harte Wahlkampf von Roland Koch die Rechtsextremisten Stimmen kostete.

29.01.2008 **Die Ausländerlüge (Harald Neuber)**

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27165/1.html>

Roland Kochs Rechtspopulismus im hessischen Wahlkampf war kein Ausrutscher, er hat System

30.01.2008 **Neonazis debattieren über »Deutschlandpakt«**

Extrem rechte Parteien konnten in Niedersachsen und **Hessen** kaum punkten. Teile der NPD und militante Kameradschafter fordern Konsequenzen für Thüringer Wahlkampf von Lothar Bassermann

--> [Online-Abo] <http://www.jungewelt.de/2008/01-30/002.php>

30.01.2008 <http://npd-blog.info>

Piratenpartei statt SPD: Die NPD auf dem Weg zur Regionalpartei

Die NPD hat bei den Landtagswahlen in **Hessen** und Niedersachsen ihre Ziele klar verfehlt. In Niedersachsen hatte die Partei tatsächlich auf den Einzug in den Landtag gehofft – letztendlich holte sie 1,5 Prozent. Jetzt beginnt sich abzuzeichnen, dass sich die NPD künftig nur noch auf den Osten konzentriert.

„Ist der Westen Deutschlands verloren?“ Im „Netztagebuch“ der NPD herrscht ([more...](#))

30.01.2008

[www.welt.de/politik/article1614984/Der vermeintliche Aufstand gegen Roland Koch.html](http://www.welt.de/politik/article1614984/Der_vermeintliche_Aufstand_gegen_Roland_Koch.html)

Von Mariam Lau

Hessen - Der vermeintliche Aufstand gegen Roland Koch

Von wegen Distanz der Union zu Roland Koch: Der Brief führender Unionspolitiker, der allgemein als Kritik am Wahlkampf des hessischen Ministerpräsidenten aufgefasst worden war, sollte gar nicht so gemeint sein: "Das ist kein Aufstand gegen Roland Koch", sagte der Initiator des Briefes WELT ONLINE.



Foto: DDP

Wer ist hier eigentlich der Sieger? Nach dem knappen Ausgang der Landtagswahlen in Hessen steht Roland Koch als Chef der stärksten Landtagsfraktion vor der schwierigen Aufgabe einen Koalitionspartner zu finden. Doch auch seine SPD-Kontrahentin Andrea Ypsilanti reklamiert den Sieg für sich und geht auf politische Partnersuche.

Gibt es nach den CDU-Verlusten bei den letzten Landtagswahlen einen Aufstand „alte“ gegen „neue“

Union? In einem Brief, den die „Zeit“ veröffentlicht, sprechen sich 17 prominente Unionspolitiker für „Sensibilität und Sachlichkeit in der Integrationspolitik“ aus. Es müsse einen gesamtgesellschaftlichen Konsens geben, „der auch über Wahlkämpfe hinweg hält und trägt.“ Der Name Roland Koch fällt kein einziges Mal.

Weiterführende links

- [Warum Merkels CDU die Wähler davonlaufen](#)
- [Der Geheimbund der CDU-Männer ist am Ende](#)
- [Die Wahl in Hessen verunsichert die CSU](#)
- [Die Brief-Unterzeichner rudern zurück](#)
- [Unionspolitiker distanzieren sich von Koch](#)

Initiator des Briefes war der nordrhein-westfälische Integrationsminister Armin Laschet, Mitunterzeichner ist unter anderem der wahlkämpfende Hamburger Bürgermeister Ole von Beust, die bayerische Sozialministerin Christa Stewens, der Berliner CDU-Fraktions-Chef Friedbert Pflüger, oder der parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Peter Altmaier. Laschet bestritt im Gespräch mit WELT ONLINE, dass die Unterzeichner sich vom hessischen Ministerpräsidenten und dessen Wahlkampf gegen Jugendkriminalität hätten absetzen wollen. „Das ist kein Aufstand gegen Roland Koch“, so der Minister. „Wir loben ja ausdrücklich die hessische Integrationspolitik.“

Der Brief ist eine Antwort auf das Schreiben von 21 Deutschtürken an die Union, die in der vorigen Ausgabe der „Zeit“ gegen den „Wahlkampfpopulismus von Roland Koch“ protestiert und gewarnt hatten, dieser schüre „rassistische Ressentiments“. Laschet fügte im Gespräch mit WELT ONLINE hinzu, die Union, brauche sich von „Rotgrün keine Belehrungen in Bezug auf die Integrationspolitik erteilen zu lassen, denn wir haben das vorbildlich gemacht: in Nordrhein-Westfalen, durch die Kanzlerin, durch die Islamkonferenz des Bundesinnenministers und auch in Hessen.“

In ähnlichem Sinn äußerte sich auch der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust. Es sei wichtig gewesen, auf den Brief an die Union zu antworten. „Mir lag daran, klarzumachen, dass die Union für Integration steht. Ich will Ausländer, die bei uns leben und arbeiten, willkommen heißen“, sagte der CDU-Politiker. „Die CDU hat in der Vergangenheit zu häufig gesagt, dass Deutschland kein Einwanderungsland ist, während Rot-Grün darauf vertraute, dass sich die Multikulti-Gesellschaft selbst zurechtläuft. Beides hat in eine Sackgasse geführt.“ Keinesfalls aber sei der Brief eine Kritik an dem hessischen Ministerpräsidenten. „Dieser Brief hat mit dem Wahlkampf von Herrn Koch nichts zu tun. Jeder macht seinen Wahlkampf, Herr Koch hat Spaß an der Zuspitzung. Inhaltlich lasse ich auf Herrn Koch nichts kommen.“

Parallel zum Bekanntwerden des Briefes empfing gestern die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU) Vertreter von Migranten im Kanzleramt. Der von Frau Böhmer ins Werk gesetzte Nationale Integrationsplan enthält Selbstverpflichtungen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, zu denen eben auch die Migranten zählen, mehr für die Eingemeindung der Zuwanderer zu tun. Dazu gehören Sprachkurse, Sportveranstaltungen, Wirtschaftspartnerschaften und vieles mehr. Auch in Böhmers kurzer Pressemitteilung nach dem Treffen fiel der Name Koch kein einziges Mal – und dennoch ist klar, dass hier zwei Politikstile aufeinander treffen, die man sich noch vor wenigen Jahren kaum in einer Partei hätte vorstellen können. „Das Engagement der Migranten zeigt“, so die Staatsministerin in Berlin, „dass sich unser Dialogansatz - wir reden nicht über die Migrantinnen und Migranten, sondern mit ihnen - bewährt hat. Von vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist heute noch einmal deutlich gemacht worden, wie sehr sie es wertschätzen, Partner der Bundesregierung in der Integrationspolitik zu sein.“

Auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller (CDU) unterstützte gegenüber der WELT ONLINE – ohne den Brief zu kennen, die Absicht der Autoren. „Auch ich halte Integration für ein zentrales Anliegen unserer Politik.“ Zur Diskussion um die Frage, ob man in Wahlkämpfen besser auf die wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Partei abgehoben hätte, erklärte Müller: „Die CDU muss ein Interesse daran haben, dass Wahlentscheidungen möglichst rational gefällt werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Fragen der Wirtschaftspolitik in den Hintergrund treten. Das liegt nicht im Interesse der Union.“

Eine jetzt veröffentlichte Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung stützt diese Auffassung. „Die wirtschaftliche Bilanz der CDU war sehr positiv“, so die Autorin der Studie, Viola Neu, gegenüber WELT ONLINE.

„Schwarz-gelb hatte vor der Emotionalisierung des Wahlkampfes eine sichere Mehrheit. Durch den Wahlkampf wurde die Kompetenz der CDU völlig überdeckt.“ Durch die Zuspitzung sei das Vertrauen unterminiert worden.

31.01.2008 www.jungle-world.com

Aufstand der Liberalen - Zumindest derzeit muss man sich daran gewöhnen: Ein rassistischer Wahlkampf zieht nicht mehr. von jesko bender

So eindeutig das Wahlergebnis erscheint, so ratlos macht es zugleich. Eindeutigkeit suggerieren die Zahlen, weil sie deutlich machen, dass Roland Koch vor allem mit seiner rassistischen Kampagne kläglich gescheitert ist. Zwar liegt die CDU mit 36,8 Prozent dem amtlichen Endergebnis zufolge immer noch etwas mehr als 3500 Stimmen und 0,1 Prozent vor der SPD. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass

die CDU im Vergleich zur Landtagswahl 2003 über zwölf Prozent der Stimmen einbüßen musste und sich damit auf ganzer Linie als Verlierer fühlen darf.

Betrachtet man die Umstände der Niederlage der Union näher, beginnt die Ratlosigkeit. Lange Zeit schien es am Sonntagabend, als hätte die SPD aus eigener Kraft die Regierungszeit Kochs beendet. Doch das Endergebnis machte deutlich: Es waren nicht die Sozialdemokraten, die Kochs bisheriger Regierungskoalition den Garaus machten, sondern »Die Linke«. Deren Wahlergebnis von 5,1 Prozent macht es der CDU und der FDP unmöglich, in Hessen weiter zu regieren. Angesichts der unfreiwilligen Zusammenarbeit von SPD und »Linken« konnte man Andrea Ypsilanti nur beifpflichten, als sie am Wahlabend verkündete: »Die Sozialdemokratie ist wieder da!« – Auch wenn sie dies freilich nur auf die SPD bezog.

Statt der Einsicht in die politischen und programmatischen Realitäten herrschte am Wahlabend und am Tag nach der Wahl vor allem bei der SPD das Bedürfnis nach identitärer, wenn auch strategischer Abgrenzung von den bei Bedarf auch »Kommunisten« genannten anderen Sozialdemokraten. Auf einmal sah die SPD-Linke Ypsilanti, die ihren Wahlkampf vor allem mit einer Unterschriftenkampagne für die Einführung des Mindestlohns und Plädoyers für die Abschaffung der Studiengebühren und eine Reform des Schulsystems bestritten hatte, ausgerechnet größere Gemeinsamkeiten mit der FDP als mit der Linkspartei. Die FDP schloss eine Koalition mit SPD und Grünen kategorisch aus. Jörg-Uwe Hahn, der Spitzenkandidat der FDP, erklärte, dass seine Partei »nicht das Stützrad für Rot-Grün sein« wolle.

Und weil erst einmal alle bei ihren im Wahlkampf getätigten Aussagen zu möglichen oder eben unmöglichen Koalitionen bleiben, wird die Frage der kommenden Wochen die sein: Wer fällt zuerst um? Oder andersherum: Wer schafft es, sich nicht unter Wert zu verkaufen? Denkbar scheinen im Moment zwei Alternativen. Entweder lässt sich die FDP auf eine Koalition mit der SPD und den Grünen ein, oder die SPD bildet zusammen mit der Union eine große Koalition. Die erste Möglichkeit klang in Äußerungen aus den Reihen der FDP durch. »In einem Mehrparteiensystem müssten die Liberalen in der Lage zu sein, mit allen demokratischen Parteien zu koalieren«, sagte etwa der frühere Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Burkhard Hirsch, im Gespräch mit Spiegel online.

Eine große Koalition favorisierte die CDU am Tag nach der Wahl. Generalsekretär Ronald Pofalla sprach erstaunlicherweise von einem »klaren Regierungsauftrag« für Koch, den dieser, so die Hoffnung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, »in einer großen Koalition« wahrnehmen werde. Allerdings dürfte es für die SPD einem politischen Debakel gleichkommen, sich an einer Koalition unter Roland Koch als Ministerpräsident zu beteiligen.

Die so genannte Jamaika-Koalition erscheint vor allem angesichts des Verhältnisses zwischen der hessischen CDU und dem Fraktionsvorsitzenden der hessischen Grünen, Tarek al-Wazir, ausgeschlossen. Aus der CDU kamen in der Vergangenheit mehrfach rassistische Attacken auf Al-Wazir, zuletzt im Wahlkampf, als die Union mit seinem und Ypsilantis ausländisch klingenden Namen Panik zu erzeugen versuchte: »Links-Block verhindern! Ypsilanti, al-Wazir und die Kommunisten stoppen!« prangte auf den Plakaten. Al-Wazir verwies auf den rassistischen Gehalt dieser Plakate, indem er fragte, ob die CDU den Slogan auch gewählt hätte, wenn Andrea Ypsilanti ihren Mädchennamen und er den Namen seiner deutschen Mutter trüge. »Würde die CDU dann plakatierten: Dill, Knirsch und die Kommunisten verhindern?« Bei einer Podiumsdiskussion verweigerte er Koch sogar den Handschlag.

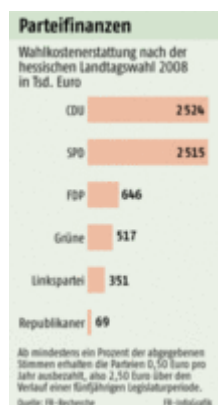
Es scheint, als hätten der Wahlkampf und die Wahl in Hessen grundlegende Koordinaten verschoben, die zumindest die Linke in Deutschland als unveränderlich angesehen hatte. Bisher, so konnte man mit absoluter Gewissheit sagen, ließ sich in Deutschland noch jeder Wahlkampf mit dem Appell an das Ressentiment gewinnen, sei es das rassistische oder das antiamerikanische. Dies bewiesen die Bundestagswahl 2002 und die rot-grüne Agitation gegen die US-amerikanische Außenpolitik ebenso wie Roland Kochs Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft im Jahr 1999. Als Koch zum Jahreswechsel den Überfall auf einen Rentner in der Münchner U-Bahn dazu nutzte, um gegen ausländische Jugendliche zu hetzen, schien bereits alles gelaufen zu sein. Auch wenn es als billiger Trick durchschaubar war, zweifelte doch kaum ein kritischer Mensch daran, dass Koch damit Erfolg haben würde.

Diese Nummer zieht also nicht mehr? Ja, diese Nummer zieht nicht mehr. Zumindest derzeit nicht. Wer in den vergangenen Wochen die mediale Auseinandersetzung um Kochs Kampagne verfolgt hat, wird festgestellt haben, dass dort zumeist aus einer liberalen Perspektive gegen den hessischen Ministerpräsidenten angeschrieben und angedredet wurde. Das wohl eindrücklichste Beispiel ist die Zeit, die sich ansonsten nicht gerade durch Spritzigkeit und Meinungsfreudigkeit auszeichnet. Kochs Wahlkampf sei »eine Schweinerei« und seine Wiederwahl wäre eine »Katastrophe für die politische Kultur«, hieß es. Mehr noch, sein Politikstil könne eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie werden. Der verantwortliche Redakteur des Feuilletons, Jens Jessen, fragte in seinem Videoblog auf Zeit.de, »ob es nicht auch zu viele besserwisserische deutsche Rentner gibt, die den Ausländern hier das Leben zur Hölle machen, und vielen anderen Deutschen auch«. Aber auch die Süddeutsche Zeitung, Spiegel online und selbstverständlich die Frankfurter Rundschau kritisierten unablässig Kochs Kampagne. Am Sonntag vor der Wahl wartete sogar die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung mit einem ganzseitigen Artikel über eine türkische Deutschlehrerin auf. Darin hieß es: »Wir brauchen keine Debatten über kriminelle Ausländer, sondern Menschen wie die Deutschlehrerin Nurgül Altuntas, die mit Optimismus und Strenge Einwanderer-Kindern die Chance für ein gutes Leben gibt.«

Das Ganze erinnert ein bisschen an den »Aufstand der Anständigen« im Sommer 2000, als sich entgegen aller vermeintlichen Gewissheiten auf einmal Bundesregierung, Justiz, Wirtschaft, Medien und Teile der Bevölkerung als bessere Antifa in Szene setzten. Vergessen war Gerhard Schröders Ausspruch, der auch von Koch hätte stammen können: »Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell!« Der Antifa-Sommer war bekanntlich schnell vorbei.

31.01.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1280563

50 Cent pro Wählerstimme - Millionen für die Parteien VON MICHAEL GRABENSTRÖER



Parteifinzen (FR-Infografik)

Rund 6,6 Millionen Euro wird das Ergebnis der hessischen Landtagswahl in den nächsten fünf Jahren in die Kassen der Landesparteien spülen. Bei sechs Parteien - fünf davon sind in den Landtag gekommen - fließt Steuergeld in Jahrestanchen an die Schatzmeister.

Insgesamt werden Teilsummen von je 50 Cent pro Wählerstimme und Jahr in der kommenden fünfjährigen Legislaturperiode ausgezahlt. So sieht es das Parteiengesetz zur Teilfinanzierung der Parteien vor - früher allgemein als Wahlkampfkostenerstattung bekannt.

Geld gibt es aber erst nach der Feststellung des amtlichen Endergebnisses. Der Bundestagspräsident setzt dann auf Antrag die Mittel fest. Der hessische Landtagspräsident wird sie an die Landesverbände der Parteien zur Auszahlung anweisen. Die CDU erhält danach nur knapp 9000 Euro mehr als die SPD. Auch hier spiegelt sich in

Euro der äußerst knappe Wahlausgang wieder.

Die Parteienfinanzierung garantiert auch Mittel für die "Republikaner", obwohl diese den Einzug in den Landtag weit verfehlt haben. Allerdings können sie mit exakt einem Prozent der Wählerstimmen vom Staatsgeld profitieren.

Knapp verfehlt hat diese Marke dagegen die NPD, die auf nur 0,9 Prozent der Wählerstimmen kam und deshalb keine Wahlkampfkostenerstattung erhält. An staatlichen Zuschüssen schrappten auch die Freien Wähler vorbei. Sie hätten als Wählergruppe bei Erreichen der Ein-Prozent-Marke zwei Euro pro Wählerstimme erhalten. Das Ziel verfehlten sie um rund 3000 Stimmen.

Die Rückerstattung deckt bei den bisher im Landtag vertretenen Parteien die Wahlkampfetats. SPD und CDU hatten mit je zwei Millionen Euro kalkuliert. Bei der FDP lag der Ansatz bei einer halben Million Euro. Die Grünen hatten 375 000 Euro zur Verfügung.

Sollte der Landtag vorzeitig aufgelöst werden, reduzieren sich die Zahlungen an die Parteien entsprechend nach der Dauer der Legislaturperiode.

31.01.2008 <http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe032008/herbeniederlage/>

„Herbe Niederlage“ - Die NPD hat ihr Wahlziel klar verfehlt – schnell werden Forderungen nach Änderung des „Deutschland-Pakts“ laut.

Vollmundig war die NPD in den Wahlkampf in Hessen und Niedersachsen gestartet. „Am Ende steht der Sieg“, hatte der hessische Landesvorsitzende Marcel Wöll getönt. Andreas Molau, Spitzenkandidat in Niedersachsen, hatte angekündigt: „Von Niedersachsen aus werden wir ein neues Signal senden, dass die Nationaldemokraten nicht nur in Mitteldeutschland ein politischer Faktor sind.“ Schon während des Wahlkampfes setzte die Ernüchterung ein. Die Erwartungen wurden relativiert: Zwei bis drei Prozent in Niedersachsen und mehr als ein Prozent in Hessen hätte die NPD noch als bescheidenen Erfolg feiern können. Doch beide Ziele wurden verfehlt: Zeit für den großen Katzenjammer am Wahlabend und an den Tagen danach. Prompt werden wieder Forderungen laut: Wenn die NPD tatsächlich nur in „Mitteldeutschland“ Erfolge einfahren kann, sollte dann nicht besser der „Deutschland-Pakt“ mit der DVU aufgekündigt oder geändert werden?

Sprachlos war zunächst die Bundes-NPD. Ohne jede Bewertung veröffentlichte sie lediglich die vorläufigen Ergebnisse aus den niedersächsischen Wahlkreisen: von 3,6 Prozent in Helmstedt bis 0,5 Prozent in Lingen. Molau selbst räumte die „herbe Niederlage“ ein. Inhaltlich mag er am Wahlkampf seiner Partei keine Fehler erkennen. Statt dessen klagt er, das nötige „Kleingeld“ habe gefehlt und man habe sich einer „Schweigespirale der Medien“ gegenübergesehen.

Im Nachbarland Hessen hatte die NPD einen Wahlkampf betrieben, der von Plakatauswahl, TV-Werbung bis hin zur lautstark angekündigten, dann aber versandeten „großen Hessenrundfahrt“ ihres Landesvorsitzenden von Pleiten, Pech und Pannen gekennzeichnet war. „Kreativ und teilweise sicher auch spontan-revolutionär“ hatte dieser Kampf um die Stimmen werden sollen, so hatte Wöll prophezeit. „Kreativ“ zeigte sich Spitzenkandidatin Doris Zutt, als sie kundtat, sie sehe „trotz alledem das Wahlergebnis nicht ganz so negativ“. Schließlich hätten auch die Freien Wähler nur 0,9 Prozent erreicht. Wöll fand es „natürlich besonders bitter“, dass die NPD ohne Wahlkampfkostenerstattung auskommen muss „und uns durch 3500

fehlende Wähler die Finanzierung unserer Arbeit in Hessen verwehrt bleibt“.

„Der Wähler, das unbekannte Wesen...“, rätselte Christian Worch, der die NPD in Niedersachsen unterstützt hatte, über die Ursachen des Debakels. Seine Anhänger unter den „Freien Nationalisten“ wollen am Bündnis mit der Molau-NPD festhalten: „Durch den gemeinsamen Wahlkampf der freien und parteigebundenen Kräfte konnte ein neues Netzwerk geschaffen werden, welches durchaus über den Wahlkampf hinaus erhalten bleiben wird.“ Sie sehen auch ein positives Moment: Alle Wahlbezirke, in denen die „Freien“ im Wahlkampf aktiv gewesen seien, würden überdurchschnittliche Ergebnisse aufweisen. Geht es nach ihnen, muss die NPD aktivistischer werden: Man müsse darüber beraten, „ob es zukünftig nicht ratsamer wäre, die Presse zu einer Berichterstattung zu 'zwingen'. Aufzüge und Kundgebungen lassen sich nun einmal nicht verschweigen.“ Die Hoffnung, von einer solch „erzwungenen“ Medienpräsenz zu profitieren, hat in Hessen zwar getrogen, wo über Kundgebungen und Kundgebungsankündigungen der NPD breit berichtet wurde – diejenigen Neonazis, die ihren Daseinssinn darin sehen, allwöchentlich irgendwo auf die Straße zu gehen, werden diese Forderung dennoch goutieren.

Bleibt Worchs vorläufiges Fazit: „Der Sprung nach Westen ist missglückt.“ Dass die NPD einen schlechten Tausch gemacht hat, als sie im „Deutschland-Pakt“ das Recht zur Kandidatur in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Niedersachsen zugesprochen bekam, während sie auf Sachsen-Anhalt und Thüringen verzichtete, wird vielen Parteimitgliedern und erst recht „freien“ Neonazis immer bewusster. Die NPD, so diese Lesart, sammelt im Westen Frustrationserlebnisse, während die DVU im Osten – wie in Sachsen-Anhalt – trotz guter Voraussetzungen versagt. Nicht unerwartet, meldeten sich rasch Neonazis aus Thüringen zu Wort, die in den Wahlergebnissen vom 27. Januar eine andere „Signalwirkung“ erkennen als von Molau erhofft: „NPD ist Regionalpartei“. Die Diskussion über einen Wahlantritt der NPD in Thüringen müsse „nun noch deutlicher und offener erfolgen“.

Tomas Sager

01.02.2008 <http://npd-blog.info>

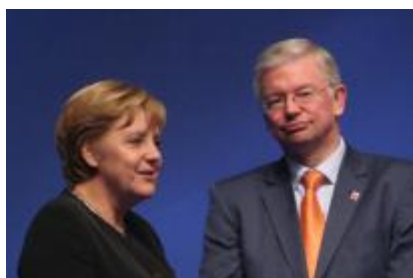
[RLP: Hausverbot für rechtsextremen Schläger und Studenten gefordert](#)

Die Universität Mainz prüft laut einem Bericht der ["Allgemeinen Zeitung"](#) Maßnahmen gegen einen Studenten, der Ende Januar 2008 einen Kommilitonen vor der Zentralbibliothek zusammengeschlagen haben soll. Bei dem mutmaßlichen Täter soll es sich um einen laut Polizei "hinreichend bekannten rechtsextremistischen Straftäter" handeln. Ein Strafverfahren gegen ihn läuft. Nachdem Ende vergangener Woche die studentische Senatorin Stephanie Maywald die Unileitung aufgefordert hatte, dem Neonazi-Kader Hausverbot zu erteilen und ihn zu exmatrikulieren, schlossen sich in einer Demo auf dem Campus rund 70 weitere Studierende an. Die Uni müsse das Opfer, das sich "gegen die extreme Rechte engagiert" habe, vor weiteren Übergriffen schützen. Der Student hatte einen Zahn verloren und Prellungen am Gesicht und Körper erlitten. Der Täter, so der AStA gestern, habe mit "klarem Vorsatz und äußerster Brutalität" gehandelt habe. Der mutmaßliche Schläger trete regelmäßig als Redner bei Nazi-Aufmärschen auf und sei als Gewalttäter schon in Erscheinung getreten, hieß es in einer AStA-Mitteilung.

[NPD-BLOG.INFO über Rheinland-Pfalz.](#)

01.02.2008 www.welt.de

Koch-Schelke - [Die Brief-Unterzeichner rudern zurück](#)



von dpa/sa

In der CDU formieren sich jetzt die Verteidiger Roland Kochs - allen voran Kanzlerin Merkel. Jörg Schönbohm hatte zwar auch Fehler beobachtet, doch jetzt rügt er die 17 Parteifreunde, die sich in einem offenen Brief gegen Koch gestellt hatten. Und diese wollen das Schreiben nicht böse gemeint haben. [» mehr](#)

- [Nach der Wahl: Ruf nach einer großer Koalition in Hessen](#)
- [Jamaika in Hessen?: Die FDP macht den Grünen ein Angebot](#)
- [Wer mit wem?: Das ganz große Polit-Mikado in Hessen](#)
- [Hessen-Wahl: Ypsilanti verweigert Koch Koalitionsgespräche](#)
- [Nach den Wahlen: Unionspolitiker distanzieren sich von Koch](#)
- [Nach der Wahl: Hessen schunkelt - Karneval statt Koalition](#)
- [Kommentar: Der gefährliche Sieg des Oskar Lafontaine](#)
- [Adenauer-Studie: Kochs Wahlkampf richtete politischen Schaden an](#)
- [Landtagswahlen: Wird Politik durch die Linke unberechenbar?](#)
- [Integration: CDU-Fraktionschef Pflüger erzürnt die Parteispitze](#)
- [Hessen: Der vermeintliche Aufstand gegen Roland Koch](#)
- [Hessen: Linke will Andrea Ypsilanti im Landtag verführen](#)
- [Nach der Hessenwahl: Ein heftiger Richtungsstreit tobt in der CDU](#)

01.02.2008 <http://npd-blog.info>

NPD-Chef nach den Wahlen: "Bewegung nicht mehr aufzuhalten"

NPD-Chef Udo Voigt sieht wenige Tage nach den Wahlen in **Hessen** und Niedersachsen "den politischen Kurs der NPD erneut bestätigt". Dabei bezieht er sich keineswegs auf das Wahlergebnis, dazu schwiegt die NPD-Führung ausdauernd, sondern Voigt verweist auf einen Artikel im Tagesspiegel, in dem der Verfassungsschutz auf steigende Mitgliederzahlen bei der NPD hinweist. Demnach hat die NPD nun mehr Mitglieder als die vergreiste DVU. Die Stärke der NPD sei allerdings vor allem auf die Schwäche von DVU und "Republikanern" zurückzuführen. Der NPD reichte demnach schon eine Zunahme um 200 Mitglieder auf nun 7200, um die bislang führende DVU zu überholen. Nach Angaben der NPD liegt die Mitgliederzahl allerdings höher. Auf Anfrage des Autors schrieb NPD-Sprecher Klaus Beier: "Der Mitgliederstand liegt am Stichtag 31.10.2007 bei 7300. Tendenz weiter leicht steigend."

Die Partei des Münchener Verlegers Gerhard Frey ist laut Tagesspiegel von 8500 Mitgliedern im Jahr 2006 auf 7000 geschrumpft, sagen die Verfassungsschützer. Bei den "Republikanern" habe sich der Abwärtstrend ebenfalls fortgesetzt, sie zählten nur noch 5500 Mitglieder. Der Verfassungsschutz bewertet die Repts allerdings nur noch in Teilen als rechtsextreme Partei.

Udo Voigt äußerte dazu laut einer NPD-Pressemitteilung zu diesen Zahlen: ([more...](#))

04.02.2008 <http://npd-blog.info>

Rechter Schläger ist angeblich NPD-Funktionär

An der Uni Mainz hatte ein rechter Schläger einen Hochschüler angespuckt, geschlagen und erheblich verletzt. Laut einem Bericht des unabhängigen Nachrichtenportals [Indymedia](#) handelte es sich bei dem Angreifer um Mario M., der laut einem Bericht des Asta der Uni Mainz bereits seit vielen Jahren in der Nazi-Szene aktiv ist. Zudem sei M. beim NPD-Kreisverband Mainz-Bingen tätig, heißt es in einer [Info-Broschüre der Antifa Mainz](#). Außerdem habe M. auf Platz acht der NPD-Liste zur Landtagswahl 2006 in Rheinland-Pfalz kandidiert. Zudem war er offenbar Mitglied des NPD-Landesvorstands. Neben seinen Aktivitäten in der NPD leitet M. laut dem Asta Mainz auch die lokale Kameradschaft, die auf einer von ihm angemeldeten Internet-Seite firmiert. Die Domain ist laut Denic tatsächlich auf M. registriert.

Und im [Polizeibericht](#) heißt es ([more...](#))

07.02.2008 URL: [http://www.fr-](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1284068)

[online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1284068](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/?em_cnt=1284068)

Kommentar - Fataler Verdacht VON BURKHARD VON PAPPENHEIM



[Burkhard von Pappenheim](#) (fr)

Deutschland hat ein ernstes Problem. Kommen - wie jetzt in Ludwigshafen - Ausländer bei einem Brand ums Leben, gibt es stets auch den Verdacht eines fremdenfeindlichen Anschlags. Das ist nicht verwunderlich. 1993 starben bei einem Angriff von rechtsextremen Skinheads auf ein Wohnhaus in Solingen fünf Menschen. Und seitdem sind an mehreren Orten Deutsche brutal auf Ausländer losgegangen. Einfach, weil sie Fremde nicht mögen. Darum ist es schwierig, für

Deutschland die Unschuldsvermutung zu reklamieren. Zumal, wenn Zeugen Hinweise auf Brandstiftung geben.

Die Polizei wird jetzt ermitteln. Es gibt keinen Anlass zu vermuten, sie werde dies nicht ordentlich tun. Dass den deutschen Beamten türkische Fachleute über die Schulter blicken wollen, ist kein Schaden. Gefährlich allerdings wäre es, wenn aus der menschlichen Tragödie ein politisches Spiel gemacht würde. Der angekündigte Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan am Brandort darf nicht zum makabren Schauspiel werden. Das würde den Toten von Ludwigshafen nicht gerecht.

Nach dem Grauen: [Der böse Verdacht](#)

08.02.2008 [Neues Deutschland: zur Studie über rechte Gewalt in Berlin](#)

Berlin (ots) - »Zu Gewalttaten kam es meistens in Situationen, in denen Täter und Opfer zufällig aufeinander trafen.« Diese Analyse des Berliner Verfassungsschutzes zu Ursachen für rechte Gewaltübergriffe in der Hauptstadt ist bürokratischer Unsinn. Denn wenn man die allgemein gültige Definition für »Zufall« ...

08.02.2008 ***Hessischer Jugendring - Arbeitsgemeinschaft hessischer Jugendverbände***
***Aktiv gegen Rechts - Ergebnispräsentation des Projektes "Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus" zur Stärkung von Jugendgruppen**

26.02.2008 in Kirtorf / 04.03.2008 in Gladenbach / 11.03.2008 in Butzbach-Hochweisel (jeweils in der Zeit von 19:00 bis 21:15 Uhr)

<<http://www.hessischer-jugendring.de/rechtsextremismus/index.htm>>

Im Herbst 2006 hat der Hessische Jugendring ein zweijähriges wissenschaftliches Untersuchungs- und Qualifizierungsprojekt gegen Rechtsextremismus in Mittelhessen gestartet, mit der Zielsetzung Jugendverbände und Jugendgruppen gegen rechtsextreme Propaganda und Vereinnahmungsversuche zu stärken. Mitte dieses Jahres wird das aus Mitteln des Hessischen Jugendrings und der "Aktion Mensch" geförderte und in Zusammenarbeit mit der Philipps-Universität Marburg durchgeführte Projekt beendet sein. In seiner Arbeit konzentriert sich das Projekt exemplarisch insbesondere auf die Unterstützung der Jugendarbeit in Kirtorf (Landkreis Vogelsberg), Gladenbach (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Butzbach-Hochweisel (Wetteraukreis).

Mit dem Qualifizierungsprojekt sollen Jugendgruppen in der Abwehr rechtsextremistischer Tendenzen unterstützt werden, um der Ausbreitung rechtsextremer Einflüsse auf lokaler Ebene entgegenzuwirken. Dazu gehören Bildungsangebote, wie sich Jugendliche gegen menschenrechtsfeindliche Haltungen oder rassistische Argumente wirksam zur Wehr setzen können ebenso wie ein Modul innerhalb der Juleica-Ausbildung zur Stärkung von JugendleiterInnen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Im Rahmen des Projektes wurden in den Kommunen Kirtorf, Gladenbach und Butzbach-Hochweisel ehrenamtlich engagierte JugendleiterInnen zu ihrem Verständnis von Kinder- und Jugendarbeit und ihren Strategien im Umgang mit lokalem Rechtsextremismus interviewt. Zusätzlich wurden Seminare zur Auseinandersetzung mit rassistischem, antisemitischem und rechtsextremistischem Gedankengut angeboten.

Im Rahmen von drei Informations- und Diskussionsveranstaltungen werden die MitarbeiterInnen im Projekt "Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus" die Ergebnisse der Auswertung der Befragung sowie der bisherigen Projektpraxis in den Projektorten vorstellen. An den Veranstaltungen Interessierte können die Ausschreibung zu den Veranstaltungen gerne hier <<http://www.hessischer-jugendring.de/newsletter/archiv/Praesentationsabende.pdf>> einsehen.

09.02.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3155718

Ratsfraktionen gegen Rechts

rpk. **WÖRRSTADT/SAULHEIM** Die rechtsgerichtete Gruppierung "Initiative Südwest" und der NPD-Kreisverband Alzey-Worms haben für Samstag, 23. Februar, in Wörrstadt und Saulheim eine Doppel-demonstration unter dem Motto "Globalisierung ist Völkermord - sozial geht nur national" angemeldet. Die Verwaltung will nach Aussagen von VG-Bürgermeister Markus Conrad "alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen und ausschöpfen", um den bevorstehenden Aufmarsch und die Kundgebung der Rechten zuerst in Wörrstadt und danach in Saulheim noch zu verbieten. "Eine Ablehnung ist rechtlich wahrscheinlich nicht haltbar", gibt der Bürgermeister zu bedenken, "die Tendenz geht dahin, dass wir das genehmigen müssen". Karl Spies, der Vorsitzende der CDU im VG-Rat, hat stellvertretend für alle Fraktionen am betreffenden Samstag zwischen 12 und 21 Uhr Gegendemonstrationen angemeldet. Abschlusskundgebungen sollen in Saulheim "Auf dem Römer" und in Wörrstadt zwischen den Kirchen stattfinden.

10.02.2008 <http://npd-blog.info>

Ludwigshafener Sozialdezernent verharmlost Naziszene

Wenn der Verdacht aufkommt, es könnte eine rechtsextreme Angriff gegeben haben, wiegeln kommunale Politiker und andere Verantwortliche erst einmal gerne ab: Es gebe hier keine Nazi-Szene, die Täter kommen wenn überhaupt von woanders her usw. usf. Nun ist bei der Brandkatastrophe von Ludwigshafen nicht klar, ob es sich um einen Anschlag gehandelt hat - aber verharmlost wird schon einmal, wie der Arbeitskreis Antifaschismus aus Mannheim in einer Pressemitteilung berichtet. Diese wird hier dokumentiert: In einem Artikel der Frankfurter Rundschau vom 07 Februar 2008 äußert sich der Ludwigshafener Sozialdezernent Wolfgang van Vliet (SPD) über die rechte Szene in der Stadt. Er wird zitiert "Es sind fünf bis zehn Leute" und sie seien zuletzt nicht massiv aufgetreten. Dabei ist die Ludwigshafener Neonaziszene eine der stärksten der Region. Drei bundesweit bekannte Nazikader sind ([more...](#))

13.02.2008 <http://www.jungewelt.de/2008/02-13/056.php>

Antifa ohne Antifa

Fraktionen der Partei Die Linke und der Grünen im Bundestag hörten Praktiker zu Programmen der Regierung gegen rechts an. Die kritisierten Blockaden durch Behörden - Von Hans Daniel



Losungen statt Unterstützung

lokaler antifaschistischer
Initiativen?

Foto: AP

Fachgespräch« nannte es Bündnis 90/Die Grünen, zur »Anhörung« hatte die Bundestagsfraktion Die Linke eingeladen. Die eine am vergangenen Donnerstag, die andere am Montag dieser Woche. Auf beiden Veranstaltungen ging es um die Frage: Welche Erfahrungen haben die Praktiker im Land mit den im Januar und Juli 2007 neu auflegten Bundesprogrammen gegen Rechtsentwicklung, Rassismus, Antisemitismus gemacht? Das Resümee, das die geladenen Experten zogen, fiel in beiden Fällen ähnlich aus: Die Begeisterung hält sich in Grenzen, wenn auch nicht alle Beteiligten ihr Urteil so scharf formulierten wie Stefan Meister vom Netzwerk für demokratische Kultur Sachsen bei den Grünen: »Das Bundesprogramm ist, wenigstens aus meiner Sicht, eine totale Katastrophe«.

Die Bundesprogramme von 2001 förderten laut Auftrag lokale Projekte und Bündnisse zur Stärkung der »Zivilgesellschaft«. Die hatten vor allem in den ostdeutschen Ländern einige sehr wirkungsvolle Einrichtungen geschaffen. Doch seit die Verantwortung dafür infolge der vom Bund geänderten Rahmenbedingungen an die regionalen Behörden übergegangen ist, sind viele Initiativen arg lädiert, wenn nicht gar wirkungslos geworden.

Symbolpolitik

Bei der Anhörung der Linken urteilte Dominique John vom brandenburgischen Verein Opferperspektive, der Bund sei mit den neuen Richtlinien »aus dem Schneider«. Letztlich handele es sich dabei um ein »Abwicklungsprogramm für bestehende Strukturen«. Und Roland Roth, Politikwissenschaftler an der Fachhochschule Magdeburg, konstatierte eine Fokussierung der Programme fast ausschließlich auf die Jugend bei Außerachtlassung des bedenklich hohen Anteils gefestigten rechten Gedankenguts in der Gesamtbevölkerung und eine Vernachlässigung aktueller wissenschaftlicher Forschungen. Er sprach von »Symbolpolitik«, die wiederum die Schulen völlig unberührt lasse. Beiden Bilanzveranstaltungen hätte ein analytisches Referat wie das von Roth gleich zu Beginn gut angestanden – auch zur Vermittlung von Erfahrungen bei konkreten Aktionen. Die von Ulla Jelpke (Linksfraktion) geforderte Analyse der Situation, bevor es zur Aufstellung von Landes- bzw. lokalen Aktionsplänen kommt, stand so erst am Ende der Beratung. Jelpke selbst hatte sich zuvor auf einer Rundreise durch Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens Rüstzeug für die Anhörung geholt. Ihr Eindruck: Angesichts der realen Entwicklung geschieht zu wenig zur Abwehr. Die Dortmunder Polizei habe sich gar geweigert, Zahlenmaterial über die Rechtsentwicklung bereitzustellen, berichtete die Abgeordnete.

Damit ist ein bei »Rot« und »Grün« gleichermaßen heftig kritisiertes Problem angedeutet: Die örtlichen Behörden blockieren allzu häufig ein wirksames Vorgehen gegen rechte Gewalt und die Propagierung faschistoider Ideologie. Der eine Bürgermeister sieht überhaupt keinen Handlungsbedarf, der andere sammelt ein handverlesenes Gremium um sich, das über den Einsatz der bereitstehenden Mittel zu entscheiden hat. Thüringen, klagte eine Grünen-Politikerin aus Erfurt, ist das einzige Bundesland ohne Landesaktionsplan: »Man hat den Eindruck, das Problem existiert bei uns überhaupt nicht«. Kai Jahns von der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit aus dem brandenburgischen Eberswalde berichtete, wie die Behörden die präzise Aufgabenstellung »Informationen für Opfer rechter Gewalt« in die Allerweltsformel »Gewaltopfer erhalten Informationen über Hilfsangebote« umschrieben. Bianka Glosse vom Mobilien Beratungsteam Berlin sieht die freien Träger am Gängelband der Bürokraten.

Schlapphüte gegen VVN

Bizarr wird die Angelegenheit, wenn, wie in Hessen, das Landeskriminalamt mit entscheidet, wie die Programme gegen rechts gestaltet und die Mittel vergeben werden. Bedenklicher noch ist allerdings, daß in Bayern – dort ist der Landesjugendring zentraler Koordinator – das Landesamt für Verfassungsschutz Sitz und Stimme in der Institution hat und sie offensichtlich nebenbei zur Sammlung von »Erkenntnissen« und zur Ausgrenzung antifaschistischer Organisationen nutzt. Nach einer Beratung im letzten Dezember, so berichtete Friedrich Burschel, Landeskoordinator gegen Rechtsextremismus, bei der Linksfraktion, hätten Verfassungsschutz und Ministerialbürokraten gegen die Anwesenheit von drei Vertretern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) interveniert. Begründung: Die und Die Linke seien bekanntlich Verfassungsfeinde. Dem Einwand, Die Linke sitze schließlich im Bundestag, wurde mit dem schlichten Argument begegnet, die NSDAP habe »damals auch im Reichstag« gesessen. »Ermittlungsbehörden haben in diesen Gremien nichts zu suchen«, forderte Burschel.

13.02.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/wiesbaden/?em_cnt=1287441

Bürger sollen Mut zum Eingreifen entwickeln

Main-Taunus-Kreis startet Projekt zum Umgang mit bedrohlichen Alltagssituationen

Eine "Kultur des Hinsehens und Helfens" ist laut Landrat Berthold Gall das Ziel eines Trainings, das der Kreis Ende August in der Bildungsstätte Kelkheim-Eppenhain anbietet. Vertreter von Städten und Gemeinden sollen dabei erfahren, wie Menschen in bedrohlichen Alltagssituationen anderen helfen können, ohne sich selbst zu gefährden. Anschließend sollen die Multiplikatoren ihr Wissen in Kursen und Informationsveranstaltungen an die Bürger ihrer Kommune weitergeben. Das dreitägige Training wird vom Präventionsrat des Kreises geplant und durchgeführt. In einem Schreiben hat Gall die Kommunen des Main-Taunus-Kreises aufgerufen, geeignete Vertreter nach Eppenhain zu schicken, um damit einen Beitrag im Kampf gegen Gewalt zu leisten. Einen aktuellen Anlass für das Seminar gebe es im Kreis nicht, sagt Kreissprecher Johannes Latsch. Doch zeigten Beispiele aus der nahen Umgebung, wie der Übergriff gegen eine U-Bahn-Fahrer in Frankfurt-Hedderheim, dass Schlimmeres verhindert werden könne, wenn Zeugen rasch die Polizei alarmierten. Der Präventionsrat des Main-Taunus-Kreises unterstützt seit seiner Gründung im Jahr 1998 Konzepte zur Verbeugung gegen Gewalt. Dabei arbeitet er eng mit den Präventionsräten in den Kommunen und mit dem Verein Bürger und Polizei - für mehr Sicherheit zusammen. Dem Gremium gehören neben der Kreisspitze hochrangige Vertreter von Polizei und Staatsanwaltschaften an. **aro**

Mehr Informationen gibt es im Internet unter www.mtk.org

**13.02.2008 http://www.main-rheiner.de/region/objekt.php3?artikel_id=3159801
Gegen "rechten Ungeist"**

ple. **WÖRRSTADT** Mit einer Resolution hat der Gemeinderat zwei Wochen vor der angekündigten NPD-Kundgebung in der Neuborngemeinde ein Zeichen gesetzt und Stellung gegen Rechts bezogen. Wolfgang Gfrörer von den Grünen hatte die Resolution formuliert und damit ungeteilte Zustimmung im Rat gefunden. Widerstand gegen den Aufmarsch der NPD hatte sich gleich nach Bekanntwerden des Vorhabens formiert. Der Vorsitzende der CDU im VG-Rat, Karl Spies, hatte stellvertretend für alle Fraktionen eine Gegendemonstration angemeldet. Zudem sollen bekanntlich Abschlusskundgebungen in Wörrstadt zwischen den Kirchen und auf dem Saulheimer Römer stattfinden. Mit Bestürzung habe der Rat zur Kenntnis genommen, dass die rechtsextremistische Gruppierung "Initiative Südwest" und der NPD-Kreisverband sowohl in Wörrstadt als auch in der Nachbargemeinde Saulheim Demonstrationen durchführen wollen. "Die Ratsmitglieder stellen mit Nachdruck fest, dass irgendwie geartete Aktivitäten rechtsradikaler und rechtsextremistischer Gruppierungen unerwünscht sind", heißt es in der Resolution. Der Rat fordert die Verwaltung auf, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um die Aufmärsche zu verhindern. Zudem wollen die Ratsmitglieder mit Hilfe der Bevölkerung ein Zeichen gegen "rechten Ungeist, Gewalt, menschenverachtende, fremdenfeindliche und rassistische Parolen", setzen. Gemeinsam mit der Verbandsgemeinde wollen die Wörrstädter alles tun, um der NPD den Zug durch ihre Gemeinde zu erschweren.

14.02.2008 Jungle World 07 :: 14. Februar 2008

URL: jungle-world.com/seiten/2008/07/11450.php

Eine Stadt findet ihre Nazis - Überraschung! In Ludwigshafen und Umgebung gibt es eine rechtsextreme Szene. Weil die Ermittler Brandstiftung bei dem Feuer, bei dem an Fastnacht neun Türkinnen und Türken starben, noch nicht ausschließen können, wird auch über die ansässigen Neonazis geredet. von thorsten weber

Wird das rheinland-pfälzische Ludwigshafen künftig mit Solingen und Mölln in einem Atemzug genannt? Die Ursache für den Brand in einem Wohnhaus, bei dem am vorletzten Sonntag neun Menschen starben und 60 verletzt wurden, ist nach wie vor ungeklärt. Das Feuer war gleich nach dem Ludwigshafener Fastnachtsumzug ausgebrochen; man konnte ihn vom Haus aus beobachten, weshalb viele Besucher zugegen waren. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) erklärte, noch bevor die Ermittlungen aufgenommen wurden, dass »keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Anschlag« vorlägen. Doch wer Ludwigshafen kennt, bei dem führen Nachrichten über brennende Wohnhäuser und tote und verletzte Migrantinnen und Migranten zu erhöhter Wachsamkeit.

Auch wer den Brandanschlag von drei Ludwigshafener Neonazis auf ein Asylbewerberheim im Stadtteil Oppau im Jahr 2000 schon vergessen hat, dem bleiben die zahlreichen rassistischen und faschistischen Schmierereien und Aufkleber im Stadtbild nur verborgen, wenn er die Augen fest verschließt. Erst im vergangenen Dezember kam es zu zwei Übergriffen auf farbige Ludwigshafener. Obwohl bei einem der Vorfälle sogar einer der Täter die Hautfarbe seines aus Eritrea stammenden Opfers als Motiv angab, konnte Staatsanwalt Lothar Liebig keinen politischen Hintergrund erkennen. Im Juli vorigen Jahres wurde ein Türke von Neonazis krankenhaushausreif geschlagen. Im benachbarten Mannheim überfielen drei rechte Skinheads im Dezember einen dunkelhäutigen Mann, im nahe gelegenen Weinheim attackierte Anfang Januar eine Gruppe verummter und bewaffneter Neonazis vermeintlich »kommunistische« Jugendliche. Im Anschluss an NPD-Wahlkampfveranstaltungen in der Vorderpfalz kam es im vorigen Jahr ebenfalls zu Übergriffen auf vermeintlich linke Jugendliche.

In den beiden vergangenen Jahrzehnten ereigneten sich außerdem etwa 15 Brände an türkischen oder als alternativ geltenden Einrichtungen in Ludwigshafen, die die Polizei nie aufklärte. In einigen Fällen stellte sie Brandstiftung als Ursache fest; in anderen kam sie zu keinem eindeutigen Schluss. Auch die türkische Gaststätte im soeben abgebrannten Haus hatten Unbekannte im vorigen Jahr mit Molotow-Cocktails anzuzünden versucht. Die Täter wurden nicht gefasst.

Das Gebäude hat eine besondere Geschichte: Bis 1992 beherbergte es die Kneipe »Crazy Corner«, die den Neonazis der Region als Treffpunkt diente. Nachdem das Haus an einen Türken verkauft wurde, mussten die Rechtsextremen es verlassen. Sie treffen sich heute im kaum zwei Kilometer entfernten »Blocksberg«, das nach Angaben des Stern dem CDU-Ortsvorsitzenden Christoph Keller gehört. Noch lange nach dem Auszug des »Crazy Corner« bedrohten Neonazis regelmäßig die Hausbewohner. Diese berichteten, sie seien auch in jüngster Zeit immer wieder telefonisch oder persönlich bedroht worden – Spiegel online zufolge zuletzt unmittelbar vor dem Feuer.

Die Verwunderung, mit der deutsche Medien in den Tagen nach dem Wohnhausbrand auf die rechten Umtriebe in Ludwigshafen reagierten, zeugt von der Unkenntnis der lokalen Begebenheiten. Die am Haus selbst und in der Nähe angebrachten Naziparolen und Hakenkreuze unterscheiden sich nicht von denen im restlichen Stadtbild und dienen somit kaum als Hinweis auf potenzielle Täter. Latente Drohungen gewalttätiger Neonazis gibt es in ganz Ludwigshafen.

Keine 100 Meter vom zerstörten Gebäude entfernt, am Danziger Platz, wohnen Matthias Hermann, 29-jähriger Kader des offen nationalsozialistischen Netzwerks »Aktionsbüro Rhein-Neckar«, und seine ebenfalls in der Szene aktive Freundin. Ihre Anwesenheit könnte eine Erklärung für die, inzwischen auch von den zahlreichen angereisten Pressevertretern bemerkte, überdurchschnittlich große Zahl rechtsextremer Aufkleber in der Gegend sein. Anwohner berichten, die Stadt lasse sie angesichts des medialen Interesses derzeit entfernen.

Der Ludwigshafener Sozialdezernent Wolfgang van Vliet (SPD) sprach in der Frankfurter Rundschau lediglich von fünf bis zehn Nazis, die es in der Stadt gebe. Tatsächlich verfügt das »Aktionsbüro Rhein-Neckar« über enge Kontakte zur NPD und zur militanten Neonazigruppe »Kameradschaft Kurpfalz«, die in der Vergangenheit zu spontanen Propagandaaktionen sowie versuchten Angriffen auf linke Informationsveranstaltungen und alternative Konzerte 20 bis 30 Helfer versammeln konnte. Zu Demonstrationen in der Stadt kamen immer wieder mehr als 100 Rechtsextreme zusammen. Das »Aktionsbüro Rhein-Neckar« sorgte auch dafür, dass Neonazis aus der Region an Demonstrationen in anderen Städten der Republik oder im Ausland teilnahmen.

Die Gegend um Ludwigshafen und das benachbarte Mannheim gilt als westdeutsche Hochburg der rechten Szene. Dazu trägt die Existenz zweier so genannter nationaler Zentren (**Schulungs- und Veranstaltungsorte der NPD und des »Aktionsbüro Rhein-Neckar«**) in den vorderpfälzischen Dörfern Kirchheim und Altleiningen bei.

Dass die Republikaner bei den letzten Kommunalwahlen mit 8,8 Prozent der Stimmen als drittstärkste Kraft in den Ludwigshafener Gemeinderat einzogen, sagt einiges über das gesellschaftliche Klima aus. Es erklärt auch die große Skepsis antifaschistischer Gruppen gegenüber der Aussage Kurt Becks, dass es keine Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Anschlag gebe.

Das Misstrauen verstärkte sich noch, als zwei türkische Mädchen aussagten, sie hätten unmittelbar vor dem Brand einen deutschen Mann im Treppenhaus gesehen; beide gelten jedoch als traumatisiert. Der leitende Staatsanwalt Lothar Liebig wollte eine Woche nach dem Brand noch keine mögliche Ursache ausschließen, obwohl er in der Vergangenheit mit Unschuldsvermutungen bei rechten Übergriffen schnell bei der Hand war.

Spekulationen um einen kurdischen Anschlag entbehren offenbar einer Grundlage, insbesondere weil ausschließlich Angehörige der alevitischen Minderheit das Haus bewohnten. Der darin befindliche Kulturverein galt als unpolitisch, daher weist auch nichts auf türkische Nationalisten als potenzielle Brandstifter hin. Eine Brandstiftung aus rassistischen Motiven würde Ludwigshafen als Hochburg rechter Gewalt international bekannt machen. Diese Ursache lässt sich bislang ebensowenig ausschließen wie ein durch unsachgemäß verlegte Stromkabel verursachtes Feuer. Dass der Brandherd im Keller des Hauses gewesen sein soll und bisher keine Hinweise auf Brandbeschleuniger gefunden wurden, könnten Hinweise auf einen technischen Defekt sein. In diesem Fall dürfte das momentane Interesse an der rechtsextremen Szene der Stadt schnell wieder abflauen.

14.02.2008 Jungle World 07 :: 14. Februar 2008

URL: jungle-world.com/seiten/2008/07/11477.php

Wahltag ist Zahltag

Die NPD hat bei den Landtagswahlen so schlecht abgeschnitten, dass ihre Vorherrschaft in der extremen Rechten schwinden könnte. von Jan Langehein

Die Welt ist nicht nur schlecht. Manche erfreulichen Ereignisse werden bloß kaum wahrgenommen. So ging in der Aufregung um Roland Kochs Attacken gegen »kriminelle Ausländer« und die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen fast unter, dass neben der »Linken« noch eine andere Partei ihre »West-Erweiterung« versucht hatte, aber grandios scheiterte: die NPD.

In Hessen setzte die Partei auf ihre klassischen Themen vergangener Tage, das heißt auf eine bieder-rassistische Hetze gegen »Überfremdung«. An der Spitze der Landesliste stand die Parteiveteranin Doris Zutt, die sich »stark für deutsche Familien« einsetzen wollte, seit 26 Jahren aktiv in der NPD und als eine von zwei Frauen Mitglied im 21köpfigen Bundesvorstand. Ansonsten wurde die Landesliste der Partei dominiert von Jungs, die aussehen, als hätten sie sich die Haare bloß für die Wahlkampfphotos auf ein paar Zentimeter Länge wachsen lassen. Entsprechend klangen auch ihre Werbeslogans: »Frankfurt muss wieder deutsch und sicher werden.« (Jörg Krebs, »steht für Sicherheit und Ordnung«) Oder: »Wir wollen von der Gesellschaft zur Volksgemeinschaft.« (Marcel Wöll, Landesvorsitzender, »wird sich um Ausländer-rückführung und soziale Gerechtigkeit kümmern«).

Die hessischen Wähler konnte man damit offenbar nicht sonderlich begeistern: Von rund 4,4 Millionen Wahlberechtigten machten 24000 ihr Kreuzchen für die NPD. Das reichte für gerade einmal 0,9 Prozent der Stimmen.

Mehr Hoffnung hatte sich die NPD in Niedersachsen gemacht, wo sie mit dem studierten Historiker Andreas Molau an der Spitze antrat. Molau war Redakteur der neurechten Zeitung Junge Freiheit und schwadroniert lieber über Nietzsche und Hegel, statt »Ausländer raus!« zu brüllen. Zudem wirkt er im Gegensatz zu seinen hessischen Kameraden geradezu seriös und verfügt auch über einen gewissen Bekanntheitsgrad. Ende des Jahres 2004 hatte er seinen Job als Lehrer an der Braunschweiger Waldorfschule verloren, nachdem seine Mitgliedschaft in der NPD bekannt geworden war. Durch die Medien ging vor allem die Entscheidung der Schulleitung, auch seine Kinder vor die Tür zu setzen – was Molau damals mit dem Vorwurf der »Sippenhaft« quitierte.

Diese öffentliche Aufmerksamkeit reichte, um das einfache Parteimitglied in den Bundesvorstand zu bringen. Im vergangenen Jahr sorgte Molau, gleichsam zum vorgezogenen Wahlkampfauftritt, erneut für Aufsehen, als er die Waldorfpädagogik trotz seines Rauswurfs als »gute deutsche Sache« lobte und ankündigte, ein »Waldorflandschulheim für national gesinnte Familien« eröffnen zu wollen. Das brachte ihm eine Klage vom Verband der Waldorfschulen ein und eine Erwähnung in der Tagesschau – von der selbst Udo Voigt als Vorsitzender der NPD bekanntlich meist nur träumen kann.

Indes halfen weder Molaus relative Prominenz noch der vergleichsweise bürgerliche Wahlkampf der niedersächsischen NPD beim Stimmensammeln. Hatte sie vorher noch getönt, »Wahltag ist Zahltag«, reichten trotz der besonders geringen Wahlbeteiligung von 57 Prozent ihre knapp 53000 Stimmen nur für 1,5 Prozent. Der Achtungserfolg von 5,1 Prozent im Provinzkaff Bad Lauterberg ist wohl darauf zurückzuführen, dass sich die Partei in der Schlussphase des Wahlkampfes fast ausschließlich auf den Harz konzentriert hatte (Jungle World, 3/08). Diese Strategie dürfte allerdings schon der Erkenntnis entsprungen sein, dass die Kräfte nicht für das ganze Land reichen würden – der Wahlkampf war bereits zum Desaster geraten. Symptomatisch für das Scheitern war ein geplatzter Wahlkampfauftritt in Göttingen. Dort wollte Molau im noblen Hotel Gebhardts aus seinem »Roman« vorlesen – einer autobiografisch geprägten nationalen Erweckungsschmonzette (320 Seiten, »mit Goldprägung«). Göttinger Antifas hatten von der Lesung Wind bekommen und erschienen als erste Gäste im holzgetäfelten Salon. Nachdem Molau kurz darauf mit einigen Anhängern aus dem Kameradschaftsspektrum erschien und sich ängstlich in einer Ecke verkroch, wurde schnell klar, dass die »Kulturveranstaltung« ausfallen würde. Statt der Fans von Molau kamen immer mehr Antifas, sie enterten den Saal durch die Fenster, während draußen eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei aufzog. Am Ende eskortierten die Beamten Molau samt Anhang aus der Stadt, und die Antifa bekam freien Abzug – unter dem Applaus der Hotelleitung, die offenbar keine Ahnung hatte, wer sich da als Autor angekündigt hatte.

Die Polizei wirft die NPD aus der Stadt, und die Leitung eines Fünf-Sterne-Hotels applaudiert den Autonomen für die Besetzung eines Salons – kein Wunder, dass sich Molau in seiner Wahlanalyse bitter beklagte: »Wir haben einen dramatischen Verfall der demokratischen Sitten erlebt.« Dass die NPD vom Staat im Wahlkampf behindert wurde, ist zwar richtig, allerdings beileibe nicht der entscheidende Grund für ihr Scheitern. Eher schon ist Molau Recht zu geben, wenn er sich über zu wenig Personal beklagt. Tatsächlich verfügt die NPD in Niedersachsen und Hessen nicht ansatzweise über eine Infrastruktur wie etwa in Sachsen.

Noch wichtiger ist aber ein Punkt, den Molau in seiner Analyse nicht erwähnt hat: Anders als im Osten ist die NPD im Westen vollständig isoliert; über ihre eigene Klientel hinaus gilt sie als unwählbar. Wie im Osten versuchte sie, bei denen Sympathien zu gewinnen, die als »Modernisierungsverlierer« den etablierten Parteien nicht mehr trauen. Dies ist aber erst recht zum Scheitern verurteilt, seit die ehemalige PDS durch ihre Fusion mit der Wasg auch im Westen wählbar geworden ist und die Klientel sehr erfolgreich für sich gewinnt. Nach Informationen der ARD wählten 26 Prozent der Arbeitslosen in Niedersachsen »Die Linke«, in Hessen waren es 15 Prozent.

Mit dem Scheitern der »West-Erweiterung« ist die NPD erstmals seit ihrem Wahlsieg in Sachsen geschwächt. Ihre rechtsextremen Kritiker, die lange erledigt schienen, ahnen ihre Chance. Der Hamburger Kameradschaftsführer Christian Worch etwa hielt der NPD vor, sie dürfe über den »Kampf um die Parlamente« den »Kampf um die Straße« nicht vergessen. Die bundesweite Vorherrschaft der NPD in der extremen Rechten scheint zumindest im Westen in Frage gestellt.

14.02.2008 URL: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/nachrichten/hessen/?em_cnt=1287884

**Angriff auf Jugendclubleiter - Rechte rächen sich für Rauswurf
VON JOACHIM F. TORNAU UND CARSTEN MEYER**

Überall in Fritzlar werben Poster für eine "Deutsch-Party". Was auch immer sich hinter dem schwarz-rot-goldenen Tanzereignis verbirgt: Den acht jungen Männern, die am Dienstagabend nach zehnstündiger, zäher Verhandlung wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung vom Amtsgericht der nordhessischen Kleinstadt verurteilt wurden, müsste es gefallen. Vielleicht wären sie dort besser aufgehoben als bei dem Fest, das die Angehörigen der rechten Szene kurz vor Silvester 2006 besucht hatten.

An jenem Abend waren sechs der 16 bis 25 Jahre alten Jung-Nazis auf einer Geburtstagsparty im Jugendclub von Niedenstein-Kirchberg aufgetaucht. Uneingeladen und als Allzu-Deutsche auch nicht willkommen. Sie wurden an die Luft gesetzt und bliesen daraufhin zum Rachezug. In der Nacht kehrten sie mit Verstärkung zurück und griffen den Leiter des Jugendclubs mit Schlagstöcken und Reizgas an. Bis vor seine Wohnungstür wurde der 28-jährige Sozialpädagoge verfolgt. Er erlitt eine acht Zentimeter lange Kopfplatzwunde, Prellungen an Schädel und Nasenbein, musste ins Krankenhaus. Ein 18-jähriger Begleiter, der eingreifen wollte, verlor nach einem Schlag gegen den Kopf kurzzeitig das Bewusstsein.

Vor Gericht gaben die acht Angeklagten zunächst die verfolgte Unschuld. Bomberjacken und Springerstiefel hatten sie mit schlecht sitzenden Konfirmationsanzügen vertauscht, die raschelkurzen Haare länger wachsen lassen. "Zu diesem anderen Erscheinungsbild kann ich Euch nur beglückwünschen", sagte der Vorsitzende des Jugendschöffengerichts, Gerhart Lohr. Doch auf die Mimikry fiel er nicht herein. Er redete den jungen Männern so lange ins Gewissen, bis immerhin vier von ihnen das Leugnen aufgaben - wenn auch nur ein einziger geschlagen haben wollte.

Das Gericht zeigte sich trotzdem überzeugt, dass alle acht dabei gewesen waren. Je nach Alter und Tatbeitrag verurteilte es die Angeklagten zu Jugendarrest, Geldbußen, Arbeitsstunden oder kurzen Bewährungsstrafen. Den rechtsextremen Hintergrund der Täter spielten alle Verfahrensbeteiligten jedoch einvernehmlich herunter. Richter Lohr sah allenfalls "ein bisschen rechtes Gedankengut", und Staatsanwalt Michael Dietrich behauptete sogar, dass die Auseinandersetzung im Jugendclub genauso auch hätte "zwischen Radfahrern und Ruderern" geführt werden können.

Also alles nur Mitläufer und Milchgesichter? Wohl kaum: Christian Z. (21), der erst 2006 wegen einer Attacke auf eine Nazi-Gegnerin verurteilt worden war, steht auf der von antifaschistischen Hackern geknackten Kundenliste des neo-nationalsozialistischen "Aufruhr"-Versands. Bei Daniel M. (19) fand die Polizei Sturmhauben, Schlagstöcke und rechtes Propagandamaterial. Sein Bruder Andreas M. (23) meldete 2005 einen Neonazi-Aufmarsch in Fritzlar an und kandidierte 2006 für das "Bürgerbündnis Pro Schwalm-Eder", zu dem sich Aktivisten aus NPD, "Republikanern" und braunen Kameradschaften zusammengeschlossen hatten.